

IX. Jahrgang

Berlin, den 12. Mai 1905

Nummer 10

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staats-
betrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angeteilten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57, Bülowstr. 21
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6488

Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
 sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint alle 14 Tage Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beitragsgeld)
2 Mk. — Postzeitungssatz Nr. 3164

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 18000 Exemplaren.

Inhalt.

Schillerfeier. — Münchener Brief. — Die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter zu Frankfurt a. M. — Geschäftsbericht für das 1. Quartal 1905 der Filiale Berlin. — Die sozialpolitische Rücksändigkeit des Breslauer Magistrates und seiner Stadtväter! — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten und Verwaltungsbüros. — Aus unserer Bewegung. — Verbandsteil. — Anzeigen.

Schillerfeier.

Schiller, der „Dichter der Freiheit“, durfte es wagen, die Freiheit offen in das „Reich der Träume“ zu verjeweln, denn unter seiner Hand erhoben sich die Träume und Schatten zum Ideal. Das Schwankende wurde zum sicheren Pol, das Zerstreuende zur göttlichen Gestalt, das Spiel der Willkür zum ewigen Gesetz, wenn er das Ideal dem Leben gegenüberstellte. Was Religion und Moral nur immer gutes hegten, kann nicht reiner und gewaltiger dar gestellt werden als in jenem unsterblichen hymnus, der mit der Himmelfahrt des gekrönten Göttersohnes schließt.

Der Idealist ist mit einem Sprunge im Allgemeinen. Das Band, welches ihn an den Tyrannen fesselt, ist ihm nur das nächste Glied in einer unendlichen, alle Wesen umfassenden Kette; „vom Mongolen“, wie Schiller sagt, „bis zum griechischen Seher, der sich an den leichten Seraph reicht“. Die natürlichen Empfindungen, welche in engeren Kreisen erwachen, werden sofort auf eine allgemeine Ursache zurückgeführt und an eine Idee geknüpft, welche eine unbedingte Geltung verlangt. Das Bild einer idealen Vollkommenheit entspringt im Gemüte und die Auseinandersetzung dieses Ideals wird zu einem Leitstern bei allen Handlungen.

Fr. A. Lange.

Dass nichts Fremdes sich dränge zwischen den Menschen und seinen Ursprung, dass der Mensch sein Eigen sei und frei aus sich zum Ewigen sich erweitere: dafür braunte in Schillers Brust ein nie erhaltendes heiliges Feuer. Eine Eternatur ist er, ein Mensch, in dem jene Flamme des Einen, Unbedingten — nennen wir es Überzeugung, Weisheit, Wille — die in uns Allen leuchtet, stärker und stetiger braunte als in irgendeinem Anderen, die da namenlos bleibt; eine Begleiterin, ein Stolz des inneren Menschen adels, eine herzliche Verachtung alles dessen, was als dumpe Similitudin den Menschen in die Tiefe zieht, was

ihn als Wesen blendet, was ihn als Kleinlichkeit zerplättet, und gar dessen, was ihn als Gewalt will zwingen und zum Knecht machen. Und wie sein Wille stark war, die innere Blut zu hüten, mit dem edelsten Inhalt zu nähren, so stark war sein Glaube, dass dem die Welt nicht widerstehen könnte, dass dem Großen und Edlen der Sieg gehöre in der Geschichte der Völker. Das ist ein Mensch, straff, gespannt, kämpfend, ringend, strebend, unablässig forschreitend, sich erneuernd; lange von Not verfolgt und heimatlos irrend, nie reich gebettet, früh gebrochen an Leibeskraft und doch immer frisch, dem gedrückten Nerv Schwung abzwingend, — ein Mensch, an dem Tausende sich ausgerichtet haben und Tausende sich aufrichten werden. Er ist der Liebling der Jugend, weil er selbst jung, männlich und doch jung ist. Wir treten in die Männerjahre, die Erfahrung droht uns einen Ring von Eis ums Herz zu legen, uns will zu Mut werden, als ob nur Gewalt und List, Gold und Dagen nach Gold die Welt beherrschten; es kommt eine Zeit, wo wir meinen, uns von Schiller abtreten zu müssen, weil man bei ihm die Welt nicht finde wie sie sei; aber wir werden noch reifer: wir fehren zu ihm zurück, er behält Recht und er reicht uns die Jacke, um das Feuer auf dem Herd unseres inneren Heiligtums zu neuer Blut anzufachen. Die Dichtergabe jenes großen Freundes war ungemeinschafft: reines Gold der Dichtung, wohl aber auch weich wie Gold. Schiller setzt dem Gold etwas zu, das mit ihm nicht in ein Metall ausgeht: es ist aber Stahl, echter Stahl, es ist sein großer Wille, sein gedankenreicher Geist, den er nur nicht völlig in die Dichtergabe einzuschmelzen vermugt. Goethe schließt den handelnden Menschen aus, Schiller schließt ihn ein: der mächtigere Inhalt war schwerer in gegenständliche Form anzulösen. Die Natur mischt in unerhörlicher Weise die Kräfte. Hat sie hier einen Redner und Denker mit einem Dichter gemischt: es sei; warum sollen wir ihn nicht lieben und verehren, wie er ist, da die Mischung so herrlich geworden? Ich sehe Goethe als heiteren Greis ruhig von oben, wie von einem hohen Sitz, niederschauen auf die weite Welt; mild und sicher und stets ruht sein Blick über dem Ganzen; vor diesem weichen und doch so klaren Auge liegt jedes Ding in der scharfen Deutlichkeit seiner Linien. Aber da ist eine Stelle, ja, eine ganz große Sphäre, wo dieses feste Auge unsicher wird und sich abwendet: es ist das Gebiet der Manneskämpfe im öffentlichen Leben. Das liegt vor ihm wie eine dunkle, verschlossene Wolke. Es zieht, es bläst in der Wolke; und da, mitten in dieser zaudernden Wolke sehe ich das Bild Schillers. Er ruhet nicht: er schreitet, er schwert. In seinem Vorde wühlt Einwas wie ein Wellen von eben; von seiner Stiere glüht Einwas, von seinen stolzen Lippen droht Einwas wie ein Moseszorn, da er vom Sinai tam und die Menschen mit

das Goldene Maß tanzend stand, aber es ist Born aus Liebe; in seiner Hand wogt etwas; es ist ein blankes, haarscharfes Schwert, zu zerhauen, was des Menschen unwürdig ist. Zug und Trug und Wahn und schlechte Leidenschaft und Rüchsigkeit. So schreitet er schwebend, schwebt schreitend den Völkern, allen Völkern, seinem Volk vor allem, dessen Kraft und Größe noch unter Erinnerungen der Vergangenheit verschüttet liegt, voran, vorwärts zum hohen Ziel.

Bischof.

Nieder mit der Sklavengesinnung!

Sklaverei ist niedrig, aber eine slavische Gesinnung in der Freiheit ist verächtlich; eine slavische Beschämigung hingegen ohne eine solche Gesinnung ist es nicht, vielmehr kann das Niedrige des Zustandes, mit Höhe der Gesinnung verbunden, ins Erhabene übergehen.

Das Recht auf Freiheit.

Der Mensch ist frei geaffen, ist frei,
Und würd' er in Ketten geboren.

Vor dem Sklaven, wenn er die Kette bricht,
Vor dem freien Menschen erzittert er nicht!

In tyrannos!

Rein, eine Grenze hat Tyrannenmacht.
Wenn der Gedachte nirgends Recht kann finden,
Wenn unerträglich wird die Lust — greift er
Hinauf getrosten Mutes in den Himmel
Und holt herunter seine ewig Rechte,
Die droben hängen unveräußerlich
Und unzerbrechlich wie die Sterne selbst —
Der alte Urstand der Natur fehrt wieder,
Wo Mensch dem Menschen gegenübersteht.
Zum letzten Mittel, wenn kein o; d'res mehr
Verfangen will, ih ihm das Schwert gegeben,
Der Güter höchstes dürfen wir verteilen
Gegen Gewalt.

Herrschucht hat ehrne Augen, worin ewig nie die Empfindung
perlt. — Wer seinen Menschen zu fürchten braucht, wird er sich eines
Menschen erbarmen? Wer an jeden Mensch einen Donnerstiel heften
kann, wird er für nötig finden, ihm ein lantles Wörtchen zum Geleite
zu geben?

Fester Mut im schweren Leiden,
Küsse, wo die Nachbildung weint,
Ewigkeit gleichwurmen Eben,
Wahrheit gegen Freund und Feind,
Männerholz vor Mönchtheiten,
Bruder, galt' es Blut und Blut,
Dem Verdiente seine Kronen,
Untergang der Lügengenrat!

Münchener Brief.

Wir wollen den Mollegen wieder etwas über unsere Bewegung berichten, erfreuliches, mitschönes und gleichgültiges. Letzteres bezieht sich auf die idemütigen Angriffe des hier erhabenden „christlichen Hülfearbeiters“. Das Blatt nennt unser Münchener Briefe, in denen wir die Dinge mit dem ersten Namen nennen, gefühlvolle Österberlein, macht dann dem Hause zudenken über die in der „christlichen“ gebrachten Veracht, welche zwar wäre, doch nicht von ihm geschildert wurden, Gewürfe und verachtet dann weiter revisionistische Ansprüche. Es ist uns das zwar gleichgültig, aber erstaunlich wollen wir's, der Wissenschaft halber. Wir hatten es in dieser Beziehung mit Heinrich Heine: Einen kleinen Meter, der sich die Zähne an den Zähnen auseinandersetzt, und nicht bis an die Waden reichen kann, bedient man weiter nicht. Wir begreifen wohl die Wut des „christlichen Hülfearbeiters“. Sie hat ihren Grund in den Fortschritten unseres Verbotes. Wir haben bis jetzt noch nicht viel Worte über die christliche Organisation weder öffentlich noch mündlich verloren, wir haben nichts zu tun. Wenn das Blatt weiterhin Angriffe erheben will, möge es sich des ehemaligen dreifachen Reichs- und Landtagabgeordneten und Münchener Magistratsrats erinnern, welcher heute noch hochbetriebsfähig wird, sowie auch der fürstlich geborenen dreifachen Säule vom Auer Leidenschaftsverein, dann hat es vorläufig Adressen genug. Doch aufersewegen möge der Städter weiter helfen, soviel er will. Wir geben ihm ethisch die Versicherung, ärgern kann er uns nicht, wir laden höchstens darüber. Rüchsig könnten sich die Christlichen für die Arbeiter eindringen, wenn sie ihre Vertreter im höchsten Stadtparlamente veranlassen würden, die von ihnen in den Versammlungen gemachten Ver-

sprechungen auch in die Tat umzusetzen. Aber da sind sie ohnmächtig, die Herren kennen wohl die Arbeiter in den Versammlungen, in den Mollegien jedoch nicht. Da fängt der Mensch mit beim Mittwochende an. Verpreden und halten sind zwecklose Dinge. Unternehmerbergen verlangsamen sich nie. Den Gemeindearbeiter sind die Angen aufgegangen, daher das große Wathatum unseres Verbares, den wir zum großen Teile der ultraconservativen Tätigkeit im Gemeindetollegium zu verdanken haben. Vor lauter Mittwochsschreiter werden die Arbeiter vergraben. Die soziale Kommission tritt monatlich nicht zusammen, auf eingaben bekommt man ein ganzes Jahr keine Antwort. Es sind ja auch nur Arbeiter. Und gerade in München wäre die Vertretung der Arbeiterinteressen auf dem Platz lange am Platze. Ist doch der inadäquate Betrieb der einzige in München, welcher noch zwölfsündige Arbeitszeit hat, in obendrein bei der schweren Arbeit an den Metoren. Es wird wohl pro Jahr 114 Millionen Mark Bruttogehalt herausgezahlt, obwohl wir, mögen folgende Ziffern beweisen: Im Jahre 1903 bis 1904 entfielen auf durchschnittlich 600 Arbeiter 68,47 Markentlastung, dagegen 1904 bis 1905 bei gleicher Arbeitszeit 87,70. Zu den Monaten Januar und Februar waren von den circa 70 Fabrikarbeitern des einen Gaswerks 35 frant. Ist ein Arbeiter dann nach vier bis fünfjähriger Dienstzeit verbraucht und fränkt, wird er einfach auf die Straße gesetzt. Ein solder Fall ist erst vor vierzehn Tagen wieder vorgekommen. Für solde Fälle hat dann auch die Rentenanstalt ein famos Statut. Entlassene können nur strafengeld zweier Maße beziehen, trotzdem sie jahrelang in die erste Maße Beiträge geleistet haben. Nicht jetzt der Arbeiter nicht an der Krankheit zugrunde, dann doch sicher am Hunger. Ein Dreitor mit 17.000 M. Gehalt und Tantzen sollte einem jungen franzosen Menschen auch sagen, wie er mit 1,25 M. pro Tag neben Familie leben kann. Eine Bitte des Arbeiterausschusses, solche Leute mit leichter Arbeit zu beschäftigen, wird abgewiesen mit den Worten: Ja, wenn wir die Menschen nicht durch Gesunde ersetzen, haben wir schließlich lauter Kranken und müssen den Betrieb einzstellen.

Die Herren sind also von der Gefährlichkeit der langen Arbeitszeit überzeugt. Wir dürfen nichts unverrichtet lassen, um derartige Missstände zu beseitigen. Um das Protestionsweinen zu illustrieren, möge folgendes Beispiel dienen: Herr Weltmeister Ob der städtischen Gasanstalt hat einen Sohn, welcher etwas Unzartiges werden soll. Wie haben's ja. Der Sohn kam nach Aschaffenburg auf die Schule. Anstatt zu studieren, bildete der junge Herr anderen Neigungen sich, daß die Kriminalbeamten sich für den Spätzling interessierten. Es stellte sich dann heraus, daß es bei dem Studenten im Überstübben körperte, und eine mehrmonatige Auskunft in der Zarenanstalt mußte dem jungen Mann wieder auf die Hände helfen. Nach Absolvierung dieser Auskunft kam dann der junge Mann in die inadäquate Gasanstalt, um sich unter Leitung seines Vaters zum Vorgesetzten auszubilden. Zum Anstreben und Leute fidulieren hatte der junge Herr jedoch schon die besten Manieren mitgebracht. Die Folge war sofortiger Nach mit der Arbeitserlaubnis, weitere kleine Entfernung vom Telefon und von der Auftragserteilung. Jetzt wird er als Techniker oder Zeichner verwendet. Vorbildung dazu hat er am Ende haben, wenn man die Anhalten, die er besucht und sein Vater auf die Gasanstalt legt.

An die Stelle, welche er verlassen musste, trat merkt ein Monteur, welcher auf eine fast dreißigjährige Dienstzeit bei der Gasanstalt zurückblieb. Der Mann freute sich, jetzt durch Übergabe des Postens für seine langjährige treue Dienstzeit belohnt zu werden, da Fröhl. Nach kurzer Zeit mußte er wieder weichen, und zwar einem zwanzigjährigen jungen Mann, welcher von Herrn Präsidenten arbeitet, zeigt mehrere Jahre in der Zarenanstalt als Pfleger ausgeübt war und dort das große Glück hatte, den Weltmeister in Pflege und Aufsicht zu bekommen.

Dieser junge Mann, welcher ich schon in der Zarenanstalt das durchaus auszidierte, daß er keine Pflegerstellen denunzierte, wo er kommt, und darum ich der gebührenden Leistung seiner Mollegen erfreute, scheint nun der rechte Mann zu sein, den alten gelernten Monteuren Aufträge zu erteilen und Arbeiten anzusetzen, um in nächster Zeit die rechte Hand des Weltmeisters zu werden. Wir glauben nicht, daß die Direktion, welche in letzter Zeit wegen ihrer Rücksichtslosigkeit scharf in der Presse angegriffen wurde, Menschens von solchen Vorgängen bat. Die Direktion hatte doch alle Veranlassung, derartige Stellen mit Leuten zu besetzen, welche das Arbeitsamt auch berichten und gelehrte haben. Unter ihnen öfter zu bestimmen würde ich genug finden, welche sich dazu eignen. Außerdem bestimmen diese Arbeiter das Bürgerrecht in der Gemeinde und haben infolgedessen eher Anspruch auf eine solche Stelle wie ein unter diesen Umständen berbeizogener Ratling. In anderen Punkten hat die Direktion bewiesen, daß sie bald Verständnis für Arbeiterfragen bekommen. So hat sie eine Anzahl Eingaben und Wünsche der Arbeiter zu erfüllen versprochen. Sie will einem langjährigen Wannie der Arbeitserlaubnis, eine Rantine zu errichten, endlich Bedienung tragen, ferner hat sie Sandbach und Sandau gelber bewilligt. Weiter sollen in allen Gasbauten Brautebäder eingerichtet werden, sowie Gasapparate zum Waschen und Duschbaden angebracht werden. Ventilation, bessere Belüftung, eine Anzahl Schlagvorrichtungen sind teils in der Herstellung begriffen, teils

wird es noch gemacht. Auch in Bezug auf die Verhandlung seitens der Vorgesetzten ist Meidetar versprochen. Alles Erfolge, da sich die Arbeiter organisiert haben. Die Haupfrage: Einführung des drei Schichtentwurfs, Herabsetzung der zwölfstündigen Arbeitszeit ist beim Magistrat beantragt und steht zur Zeit in der sozialen Mission zur Verhandlung. Hoffen wir, daß endlich der verdächtige Wunsch der Arbeiter in Erfüllung geht.

Der fortwährende Geist des Herrn Stadtgartendirektors (siehe frömmere Seite) hat sich wieder glänzend gezeigt, indem er den städtischen Gärtnern den Anfangslohn auf 3,60 Mk. pro Tag schafft, er hat einen Lohn, den jeder Tagelöhner bezieht; für Hüttenarbeiter und nichtständige Gärtner hat er sich verhoben, nach Petitionen zu entlassen. Gegen diese Art Lohnregulierung ist seitens der Beteiligten durch eine Resolution beim Magistrat Protest erhoben.

Die Organisation macht weiter gute Fortschritte, und zwar in allen Sparten. Leider müssen wir zwei Kollegen (Tafel, Strafbau, und Schalter, Elektrizitätswerk) wegen Verschlehung gegen § 3 der Verbandsstatuten ausschließen.

Müssen die städtischen Arbeiter Münchens in ihren Organisationsbestrebungen nicht erlahmen, sondern unentwegt ihre Reihen zu füllenden trachten. Der Lohn wird nicht ausbleiben. Darum rauslos vorwärts! Krämer.

Die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter zu Frankfurt a. M.

I.

In vorheriger Nummer brachten wir einen für unsere Leser recht lehrreichen Bericht über die Verhandlungen des Frankfurter Stadtparlamentes, die sich mit den Verhältnissen der städtischen Arbeiter eingehend beschäftigten. Heute bringen wir die neue Lohnstafel mit den dazu gehörigen Erläuterungen. Nicht nur für unsere Frankfurter Kollegen wird diese Tafel besonderes Interesse haben, sondern auch die Kollegen anderer Städte wie auch Stadtverordnete und Bürgerschaftsvertreter allerorts werden sich hierdurch leicht und gern über die Frankfurter Verhältnisse informieren. In einem weiteren Aufsatz werden wir uns über die Neuordnung der Dinge näher auslassen.

Lohnstafel*)

für die in ständigen Stellen im Arbeiterverhältnisse beschäftigten Personen.**)

Gültig vom 1. April 1905 ab.***)
(Allgemeine Arbeiter-Lohnstafel.)

Magistrats-Beschluß vom 7. Mai 1897 Nr. 369, vom 9. März 1900 Nr. 3304 und vom 21. März 1905 Nr. 3104 I.

(Vergleiche auch §§ 10 und 11 der Rechnungsordnung F. O. II.)
Vorbemerkungen.****)

A. Allgemeines.

1. Die Lohnstafel soll lediglich für die städtischen Amtsstellen eine Mischstufe bilden, nach welcher die von ihnen den Arbeitern zu gewährenden Löhne in der Regel bemessen werden; durch dieselbe wird den städtischen Arbeitern leichter Anspruch, insbesondere nicht auf die darin vorgesehenen Lohnsätze, oder auf ein Aufstufen nach den dort festgesetzten Stufen, eingeräumt; den Arbeitern steht vielmehr nur ein Anspruch auf den für einen jeden von ihnen jeweils von den Amtsstellen festgelegten Lohn zu.

2. Die Einführung der Lohnstafel soll nicht mit rückwirkender Kraft erfolgen durften, daß nunmehr alsbald allen im Dienste stehenden städtischen Arbeitern diejenigen Lohnsätze zugebilligt werden, welche sie nach ihrem Dienstalter in der Regel beziehen würden, wenn zur Zeit ihrer Einstellung die Normen der Lohnstafel bereits bestanden hätten. Es behalten vielmehr die zur Zeit im Dienste stehenden Arbeiter ihren jetzigen Lohn, bisfern dieser mehr oder ebensoviel beträgt als der sich bei Zugrundelegung ihres Dienstalters nach der Lohnstafel ergebende Lohnsatz, so lange unverändert weiter, bis sie nach ihrem Dienstalter gemäß der Lohnstafel in einer höheren Stufe befördert werden können, während die übrigen Arbeiter, d. h. die

*) Zur Einstellung neuer Stellen in die Lohnstafel ist Magistrats-Beschluß erforderlich. (M. B. vom 29. Mai 1901 Nr. 502).

**) Begrenzung Gewährung von Gehaltszu- und Lohnabnahmen an Arbeiter für außerordentliche Dienstleistungen s. Magistrats-Beschluß vom 11. Oktober 1901 Nr. 1853.

***) Vergleich der Einweihung der am 1. April 1905 im Dienste stehenden Arbeitern in den neuen Lohnsätze s. den Magistrats-Beschluß vom 21. März 1905 Nr. 3104 unter I Abs. 2.

****) Sie durch Magistrats-Beschluß vom 21. März 1905 Nr. 3104 unter IV erlassenen Ausführungsbestimmungen.
Die durch Magistrats-Beschluß vom 21. Februar 1900 Nr. 2054 sind die Erstattungen bei Leistungszetteln, Nebentunden, Sonntags- und Nachtdiensten, Verdienstungen der Künste für Christentum wie zur Gemeindewiederherstellung, bei Verleihung des Fabrikarbeiters verdientes und in ähnlichen Beziehungen den Arbeitern als Lohn mit anzuzählen.

jeweiligen, deren jähriger Lohnbezug blüter den Normen der Lohnstafel zurücksteht, — nicht sprunghweise aufzutragen, sondern — eine Zulage, eventl. im folgenden Jahre eine weitere solche und zwar in Klasse I und II bis zu höchstens 20 Pf. und in Klasse III—V bis zu höchstens 30 Pf.) erhalten, so lange, bis sie entweder die Anfangsstufe ihrer Lohnstafie oder (wenn sie schon jetzt mehr haben als deren Lohnsatz) den gegen ihren jetzigen Lohn nächsthöherem Lohnsatz der Lohnstafel erreichen.

B. Mietzuschuss für ständige Arbeiter mit grösserer Kinderzahl.**)

3. (1) Vom 1. April 1905 an wird den ständigen Arbeitern aller Klassen der Lohnstafel,

a) sofern und solange sie 3 oder 4 Kinder, welche das

15. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, zu ernähren haben, ein Mietzuschuss von monatlich 5 Mk. (Mietzuschuss I),

b) sofern und solange sie 5 oder mehr Kinder, welche das 15. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, zu ernähren haben, ein Mietzuschuss von monatlich 10 Mk. (Mietzuschuss II)

gewährt.

(2) Den Mietzuschuss erhalten diejenigen nicht, welche Dienstwohnungen oder zu den Sätzen der letzteren zur Berechnung kommende städtische Wohnungen innehaben.

(3) Für den Mietzuschuss kommen nur die im Haushalte befindlichen Kinder der Ehegatten oder eines derselben in Betracht.

(4) Massgebend ist die Zahl der Kinder am 1. April eines jeden Jahres. Der danach gesetztes Mietzuschuss wird während des ganzen Etatsjahrs geleistet; im Laufe des Etatsjahrs eintretende Veränderungen werden erst vom Beginn des nächsten Etatsjahrs ab berücksichtigt. Neu eintretende Arbeiter erhalten den Mietzuschuss vom Beginn des nächsten Etatsjahrs ab.

(5) Die Auszahlung des Mietzuschusses geschieht monatlich nachträglich.

(6) Scheidet ein Arbeiter, welcher Mietzuschuss bezieht, im Laufe eines Monats aus, so wird für ihn, falls der Austritt am 16. des Monats oder später erfolgt, der Mietzuschuss für den betreffenden Monat noch voll ausbezahlt, andernfalls findet eine Zahlung für diesen Monat nicht statt.

(7) In Krankheits- und sonstigen Verhinderungsfällen wird der Mietzuschuss solange fortbezahlt, als die Lohnfortzahlung dauert; hört indes in Krankheitsfällen die Lohnfortzahlung im Laufe eines Monats auf, ohne dass der Arbeiter sowohl hergestellt ist, dass er seine Beschäftigung wieder aufnehmen kann, so wird der Mietzuschuss für diesen Monat noch fortbezahlt.

(8) Der Hinterbliebenenunterstützung (§ 30 Ziffer 2 der Allgemeinen Arbeiter-Bestimmungen) eines Arbeiters, welcher Mietzuschuss erhalten hat, ist die Hälfte des Monatsbetrages des Mietzuschusses hinzuzurechnen.

(9) Der Mietzuschuss bleibt bei Bewilligung von Bezügen aus den Arbeiterpensionskassen außer Berechnung.

C. Besondere Bemerkungen.

4. (1) Die Lohnsätze unter a sind Normalsätze, die in der Regel dem in Frankfurt a. M. einfacheinstlich der Vororte beschäftigten Arbeitern, insoweit dieselben verheiratet oder über 30 Jahre alt sind, gewährt werden.

(2) Die Sätze unter b gelten für diejenigen in Frankfurt a. M. einfacheinstlich der Vororte beschäftigten Arbeiter, welche weder Frau noch Kinder und das 30. Jahr noch nicht zurückgelegt haben. Die städtische Verwaltung legt außerdem zugunsten dieser Arbeiter, insoweit sie in Lohnstafie I oder II stehen 40 Pf., insoweit sie in Lohnstafie III bis V stehen 50 Pf., für jeden Tagelohn mit der Maßgabe auf der Sparstufe ein, daß über die Eingabe von dem Betreffenden bei seiner Verheiratung oder nach zurückgelegtem 35. Lebensjahr ab bald und im Falle seines Ausscheidens aus dem städtischen Dienste nach 6 Monaten vom Tage des Ausscheidens verfügt werden kann; in dringlichen Ausnahmefällen kann durch Amtsbeschluss auch früher die Verfügung über diese Eingaben ganz oder teilweise eingeräumt werden. Hat die Sparstufeneinlage die Höhe von 1000 Mk. erreicht, so wird dem Arbeiter jederzeit auf seinen Wunsch der Lohn nach Abteilung a statt nach Abteilung b gewährt und die Verfügung über die Zinsenextrakte der Sparstufeneinlagen eingeräumt.**)

(3) Die unter c aufgeführten Lohnsätze sind für auswärtige, insbesondere im Vogelsberg und an der Fulda tätige beschäftigte Arbeiter maßgebend.

*) Siehe hierzu die durch Magistrats-Beschluß vom 21. März 1905 Nr. 3104 unter IV erlassenen Ausführungsbestimmungen.

**) Nach Magistrats-Beschluß vom 13. Februar 1900 Nr. 2054 sind die Erstattungen bei Leistungszetteln, Nebentunden, Sonntags- und Nachtdiensten, Verdienstungen der Künste für Christentum wie zur Gemeindewiederherstellung, bei Verleihung des Fabrikarbeiters verdientes und in ähnlichen Beziehungen den Arbeitern als Lohn mit anzuzählen.

Lohnklasse	Lohnsätze in den Beschäftigungsjahren*)					Gewerbe- und Verkehrs-Amt und Hafen-Kommission
	1—3	4—6	7—9	10—12	13 ff.	
	M.	M.	M.	M.	M.	
Stufen:						
	1	2	3	4	5	
Ia	3,40	3,50	3,60	3,70	3,80	Gewöhnliche Arbeiter, insbesondere: bei der Schlacht- und Viehhofverwaltung: Schlachthofwärter, Viehhofwärter;
ib	3,—	3,10	3,20	3,30	3,40	Gehilfe des Dampfschiebebühnenführers, Gehilfen der Führer der hydraulischen Schiebebühnen und der Dampfschiebebühne, Bedienungsleute der Dampfstränen, Hafenwächter;
ic	2,80	3,—	3,10	3,20	3,30	ferner: Führer der hydraulischen Kränen, der hydraulischen Spills und der hydraulischen Schiebebühnen, Wieger;
id	0,20	0,20	0,20	0,20	0,20	bei der Lagerhausverwaltung: die Sadaufseher und Türschließer, Gehilfe des Bodenmeisters, Gehilfe der Maschinisten sowie Schaufler und Sackträger;
	0,40	0,40	0,40	0,40	0,40	bei der Verbindungsbahn: Stredenarbeiter.
IIa	3,50	3,80	4,—	4,20	4,40	bei der Verbindungsbahn: Hülfssbahnhofwärter.
ib	3,10	3,40	3,60	3,80	4,—	
ic	2,90	3,10	3,30	3,50	3,70	
id	0,20	0,20	0,20	0,20	0,20	
IIIa	3,80	4,10	4,40	4,60	4,80	bei der Schlacht- und Viehhofverwaltung: Oberwärter, Hülfswieger, Hülfssprobenehmer, Schlosser, Maurer, Aufseher für die Röhrräume;
ib	3,30	3,60	3,90	4,10	4,30	bei der Marktverwaltung: Hülfshallendienner, Wieger und sonstige Arbeiter;
ic	3,20	3,40	3,60	3,80	4,—	beim Eichamt: Eicharbeiter;
id	0,20	0,20	0,20	0,20	0,20	bei den öffentlichen Wagstellen: Wieger;
	0,40	0,40	0,40	0,40	0,40	bei der Hafenverwaltung: Werkstattschlosser, Eisendreher, Heizer am Wasserdruckwerk, Führer der hydraulischen Portalstränen;
						bei der Lagerhausverwaltung: Werkstattschlosser, Schreiner, Küfer, Führer der Aufzüge, Führer der Schiffselevatoren;
						bei der Verbindungsbahn: Schlosser, Schreiner.
IVa	3,80	4,10	4,40	4,70	5,—	bei der Hafenverwaltung: Vorarbeiter;
ib	3,30	3,60	3,90	4,20	4,50	bei der Lagerhausverwaltung: Vorarbeiter, Bodenmeister des Silos.
ic	3,20	3,40	3,60	3,80	4,—	bei der Verbindungsbahn: Vorarbeiter.
id	0,20	0,20	0,20	0,20	0,20	
Va	4,40	4,80	5,20	5,60	6,—	bei der Hafenverwaltung: die mit der Aufsicht über die hydraulischen Anlagen auf den beiden Ufern des neuen Hafens betrauten Maschinisten, Dampfstränenführer, Dampfschiebebühnenführer, der zweite Maschinist des Hochdruckwasserwerkes.**)
ib	3,90	4,30	4,70	5,10	5,50	
ic	4,20	4,40	4,60	4,80	5,—	
id	0,20	0,20	0,20	0,20	0,20	bei der Lagerhausverwaltung: Maschinisten.**)
	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	
			—			

*) Als Beschäftigungsjahre kommen hier nur die der Einweisung des betreffenden Arbeiters entsprechenden Jahre (Lohndienstalter) in Betracht.

Wegen Feststellung der Beschäftigungsjahre bei Unterbrechung durch die aktive Militärdienstzeit s. M.-V. vom 3. Juni 02 Nr. 725.

**) Bezüglich der Maschinisten vergl. Magistrats-Weitluß vom 7. Juni 1901 Nr. 763. Maschinisten I. Kl. werden danach mittels zivilrechtlichen Dienstvertrags mit besonderen Gehaltszügen angestellt, Maschinisten II. Kl. erhalten Monatlohn (26 bis 28 facher Tageslohn) der Klasse V der Arbeiterlohnstafel.

Hochbau-Amt (Bauhof, Abteilung für elektr. Anlagen und Stadtgärtnerei)	Tiefbau-Amt (einschl. der unterstellten Betriebs- verwaltungen)	Mechni-Amt, Schwimmbad, Stadt- räumerei (Vorstab- teilung und Rathaus- verwaltung)	Friedhofs-Kommission, Kranken-, Siechen- und Armen-Anstalten, Psandhaus-, Waisen- u. Armen-Amt
Gewöhnliche Arbeiter, ins- besondere: Stadtgärtnerei: Gartenarbeiter.	Gewöhnliche Arbeiter, insbesondere: Grundarbeiter, Tagelöhner bei Kanal- bau und -Betrieb, Straßenreinigungs- arbeiter, Alärbeden- und Chausseear- beiter, Straßenbauarbeiter, Steinischläger, Uferbauarbeiter, Hülfswächter und Hülfss- wärter, Fahrbuschens beim Fuhrpark.	Vorstabteilung: Baldarbeiter. Rathausverwaltung: Römer- u. Rathaus-Nacht- wächter. Mechniamt: Kassenwächter.	Gewöhnliche Arbeiter, ins- besondere: Friedhofs-Kommission: Gartenarbeiter. Krankenhaus Sachsen- hausen: Gartenarbeiter.
Stadtgärtnerei: Gärtnergehülfen, Promena- denwärter, Vorarbeiter, Hülfss- bote.	Mehrgeschilf, Hülfshilfen, Bureauaudienier, Altenheizer, Hülfsheizer, Wassermesser, Wächter und Wärter, insbesondere Alär- beden- und Ufervoivörwärter, Betriebs- wärter, Eaternenwärter.	Vorstabteilung: Vorarbeiter, Holzfeuer. Rathausverwaltung: Rathaus- Pförtner und Römer- Tagwächter.	Friedhofs-Kommission: Totengräber auf dem Frank- furter u. Sachsenhäuser Fried- hof sowie der Leicheneintsteller auf dem ersten. Siechen- u. Armenhaus: Hülfsheizer, Gärtnergehülfen.
Bauhof: Gesellen. Abteilung für elektr. Anlagen: Hülfsmonture, Schlosser. Stadtgärtnerei: Gärtner, Stellmacher, Weiß- binder.	Handwerker, insbesondere Schlosser, Schreiner, Steinmeise, Rohrleger, In- stallateure, Pflasterer, Wagner, Schmiede, Mauter, Weißbinder, Monteure, ferner kanalhüllarbeiter, Heizer, Eisenarbeiter beim Gaswerk.	Schwimmbad: Heizer.	Krankenhaus Sachsen- hausen: Schreiner, Weißbinder, erster Kutschler, Laboratoriumsdie- ner, erster Heizer. Krankenhaus Bockenheim: Gärtner. Waisen- u. Armen-Amt: Weißbinder.
Abteilung für elektr. Anlagen: Monture.	Vorarbeiter, Hülfsoaufsichter, insbesondere bei Alärbeden, Wasserwerk u. Straßen- bau, Chausseewärter, Hülfkontrolleure, Rottentführer bei der Straßenreinigung.		Friedhofs-Kommission: Friedhofs-Aufsichter, davon einer zugleich Sektionsgebülfse. Krankenhaus Sachsen- hausen: erster Gärtner, Monteur. Siechen- u. Armenhaus: erster Gärtner.
Abteilung für elektr. Anlagen: Vorarbeiter, Reinmechaniker, Präzisionsmechaniker, Uhr- macher. Stadtgärtnerei: Übergehülfen.	Aufseher, z. B. Bauaufseher beim Kanal- und Straßenbau, Aufseher des Fuhrparks und der Straßenreinigung, Aufseher und Controleure für Distrittwassermesser, Beladenungsaufseher, Aufseher auf der Zuleitung, Controleure, Überwachung beim Fuhrpark, zweite Waldmäntinen und Unter- waldmäntinen der Pumpenanlagen für Mana- gulation und Wasserwerke. **		Psandhaus: Pader und Hülfodienier. Siechen- u. Armenhaus: Weißbinder II. Kl. **) Krankenhaus Sachsen- hausen: erster Apothekendienier.

Für die Arbeiter Kategorien der dem Elektrizitäts- und Wassernet unterstellten Betriebe bestehen ein besonderes Stellenverzeichnis und 2 Sonderlohnabfeln; außerdem bestehen Sonderlohnabfeln für das Pflege- und Dienstpersonal bei den städt. Kranken- und Armenanstalten und der Zerenanstalt, ferner für die Kinderpflegerinnen des Waisen- und Armen-Amtes sowie für die Bedienten der jüdischen Badeanstalten.

Die nur während der 6 Wintermonate beschäftigten Heizer sind nicht ständige Arbeiter. (M.-V. vom 10. Novbr. 1903 Nr. 2157.)

(4) Die Säfe unter d stellten Zuschläge*) dar, welche den Beträgen zu a bis c dauernd oder für einzelne Tage hinzugetragen werden dürfen, wenn die Arbeiten besonders schwer oder gesundheitsschädlich sind oder eine besondere Uebung erfordern oder häufig oder mit regelmäßigen Abweichungen bei Nacht vorgenommen werden; im letzteren Falle jedoch mit Aussichtlich solcher Wächter- und Wärterdienste, die nur unerhebliche feste tägliche Anstrengungen erfordern. Diese Aufschläge sind jederzeit widerrechtlich und treten dauernd nur dann ein, wenn obige Voraussetzungen für längere Dauer vorhanden sind; sie bedürfen der Genehmigung durch Amtsbeleidigung. Die Aemter haben dem Magistrat jährlich bis zum 15. April eine Aufstellung derjenigen Arbeiterkategorien unter Angabe der Zahl der darin Beschäftigten vorzulegen, welden folche Aufschläge gewährt werden sind; eventl. ist Zeblanze zu erlassen.

5. Monatslohn kann von den Aemtern den in die III. bis V. Lohnstufe eingerichteten Arbeitern bewilligt werden; für die I. Lohnstufe ist derselbe ausgeschlossen; zur Bewilligung derselben an Arbeitern der II. Lohnstufe ist Genehmigung des Magistrats erforderlich. Wird Monatslohn gewährt, so ist dieser vom Amtsverstand auf den 26. bis 25. Jachen Vertrag des Tagelohns zu bemessen. Die höheren Tage sind nur dann zu bewilligen, wenn zeitweise Sonntagsarbeit zu vertragen ist oder sonstige Umstände eine zeitliche Verminderung des Monatslohnes gerechtfertigt erscheinen können. Wenn Monatslohn gewährt wird, ist zeitweise Sonntagsarbeit nicht besonders zu verüben.

6. Da der Regel tritt der Arbeiter in die unterste Lohnstufe ein. Arbeitern der Lohnstufen II bis V, die bereits anderwärts längere Zeit mit gleichen Arbeiten beschäftigt waren, kann auf Anordnung des Amtsverstandes sofort der Lohn einer höheren Stufe bewilligt werden. Die Aemter haben dem Magistrat jährlich bis zum 15. April eine Nachweisung einzureichen, aus der hervorgeht, in welchem Umfang von den Amtsverständen erteilte Erniedrigung Gebrauch gemacht worden ist; eventl. ist Zeblanze zu erlassen.

7. *) Das Aufrufen in eine höhere Lohnstufe ist von guter Führung und stetigem Agleich abhängig. Arbeiter, die sich durch ihre vorragende Leistungen und mutterhafte Führung dauernd befriedigend auszeichnen, können durch Amtsbeleidigung auch in kürzeren als den vorgedriebenen Zeiträumen in höhere Lohnstufen befördert werden. Über diese letzteren Beförderungen ist jährlich bis zum 15. April dem Magistrat Anzeige zu erlassen; eventl. ist Zeblanze zu erlassen.

8. Das Aufrufen findet ausschließlich am 1. April statt. Zu diesem Gebüse wird die Dienstzeit, wenn der Lohnbeginn in der befreindenden Lohnstufe in der Zeit vom 1. April bis 30. November beginnt, vom 1. April des betreffenden Kalenderjahres, wenn der selbe in der Zeit vom 1. Dezember bis 31. März beginnt, vom nächsten 1. April an berechnet.

8. Die Lohnstafel findet keine Anwendung:

- auf Lehrlinge;
- auf Arbeiter, deren Arbeitskraft nur teilweise in Anspruch genommen wird, oder die nur teilweise arbeitsfähig oder nur zu bestimmten minderwertigen Arbeiten verwendbar sind (Nicht-Bauarbeiter);
- auf vorübergehend beschäftigte (unständige) Arbeiter; für die in der Lohn in Klasse I regelmässig*) auf 3 Mk. 20 Pf. in den übrigen Klassen aber auf den Lohnsatz der I. Stufe festzusetzen; nur wenn besondere Gründe vorliegen, kann derselbe in den Klassen II bis V auch auf den Lohnsatz der 2. Stufe festgesetzt werden.
- d) auf Personen, die mit besonderem Dienstvertrag oder als Gemeindebeamte angestellt sind, auch wenn sie den im Arbeiterverhältnis angenommenen dienstlich gleichgestellten.

Der Magistrat.

*) Nach Magistratsbeschluss vom 24. März 1905 Nr. 3404 unter V kann durch Verfügung des Amtsverständen, soweit es zur Gewinnung der nötigen Arbeitskräfte erforderlich ist,

- a) den bei Bauarbeiten beschäftigten unständigen Arbeitern sowie denjenigen sonstigen unständigen Arbeitern, auf welche die in den Vorbemerkungen zur Lohnstafel für ständige Arbeiter (unter C Ziff. 4 Abs. 4 Satz 1) aufgestellten Voraussetzungen derartiger Zuschläge zu treffen, ein Lohnzuschlag bis zu täglich 20 Pf.,
- b) den vom Hoch- oder Tiefbau-Amt und den vom Elektrizitäts- und Bahn-Amt beschäftigten unständigen Arbeitern sowie den bei der Stadtgärtnerei mit Grundarbeiten beschäftigten Arbeitern, solange die tägliche Arbeitszeit 10 Stunden dauert, außer dem Zuschlag zu a ein weiterer Zuschlag bis zu täglich 20 Pf. gewährt werden.

Geschäftsbericht für das 1. Quartal 1905 der Filiale Berlin.

Das 1. Quartal 1905 weist einen ganz erheblichen Fortschritt sowie eine rege Versammlungsaktivität auf. Die Wahl der Amtsnomine erzielte, daß auf mehrere die gleichen Stellen in den einzelnen Zetteln um Verfügung geheißen. Ausbeiderlei hat die Section V (Zugangsteingänge) einen geradezu glänzenden Aufschwung genommen und zählt jetzt circa 400 Mitglieder, obgleich der Kreisverein alle Münzen freigibt, um eine leichtere Ausbreitung des Verbands zu erleichtern. Die im Januar abgehaltene Versammlung der Zugangsteingänge war ungemein zahlreich besucht, auch in mittlerweile die Arbeiterausbildung zahl im Sinne des Verbandsmitgliedes ausgewichen. Schmiederer war die Situation in der Dreimannschaft Zehlendorf, wo im Januar und Februar eine ganze Reihe von Versammlungen abgehalten werden mussten, um überzeugt einen Arbeiterausbildung zu erhalten. Eine Musterung der ersten Wahl wurde auch in der zweiten die Verbandsliste glatt geworfen, so daß nun endlich das aktuelle Mitgliedschaft in Zehlendorf auf den Fuß gerückt werden kann. Die Generalversammlung am 25. Januar ergab die einflussreiche Wiederwahl des bisherigen Amtsvorstandes mit Zusatznamen des Kollegen H. G. Laube, welcher freundlich antrat; für ihn trat Kollege Zonta, Section V, ein. Unangenehm und zeitweise für die Funktionen waren die Zetteln mit dem Hauptverein, entstanden durch die geplante Zusammenlegung der Zetteln XI, XVII, XVIII (Gontzen und Dreimanns), sowie diverser anderer Meinungsverschiedenheiten. Zetteln sind indeeden anzusehen wie sie bestehen, und normalerweise die Vereinigung setzt den „ewig. Bestandma“ noch beim Verbandsantritt nicht, taunt doch von einem besseren Zusammenarbeiten von Hauptverein und Altalverwaltung bereit ist werden. So war über Ausdrucksnotwendiger, als durch die Musterung des Stellvertreters und sein Amtswidder am 1. März die Vereinschaft der verbleibenden Zetteln existiert und seitens des neuen Amtsvorstandes Mollere L. Heine als Verteiler und Sekretär desselben benannt. Damit durfte eine größere Agitation in den Stadtteil- und Kreisvereinen geführt sein und eine erhebliche Mitgliederzunahme sowohl in den neuen Zetteln XI als auch in den Vororten ist zu erwarten. Die Versammlung der Dienstbetriebe der Gasanstalt ist mittlerweile erfolgt, jedoch hat die Vereinigungsführung der neuen Wiederwahl bei den Kollegen gefunden; es mußte also eine zweite hierzu Abstand genommen werden; ebenso vor der Versammlung der Dienstbetriebe der Gasanstalt. Jetzt schließen sich die Kollegen vom Röhrenamt mit denen von der öffentlichen Beleuchtung zusammen, bei den Reichenbachtionen war aber wenig Rücksicht auf Zusammensetzung, zumal hier eine gemischte Zettelzusamme und die auf 542 gekürzte Mitgliedschaft den Wiederwahl verhinderte. Zugesehen war der Stadtrat in den Deputationsen weit verberaten, daß die Kollegen bereits stehen könnten, „wie der Haie läuft“. Natürlich sind die Mehrzahl der Amtsdienstler der radikalisten Arbeiter abgelaufen, und wenn das Bild auch nicht ganz so traurig ist wie in den Vorjahren, hat man uns doch wieder mal deutlich fühlen lassen, daß nur unsere Organisation noch ganz anders ausbauen müssen, wenn wir „da oben“ gehört werden möchten. Da, man ist dazu übergegangen, trotz der fastlichen Zustimmung unserer Kollegen Zehlendorf im Stadtparlament, die Abstimmungsverlagerung für einen Teil unserer Mitte, der durch Abzug der Hälfte des Amtsdienstes zu verhindern, wenn die neue Ämterlinie des § 9 des Gemeindebediensteten, vom 9. Mai 1901 für die älteren und besser bezahlten Radikaler Arbeit“ als wesentliche Verbesserung anerkannt werden, so waren doch die geäußerten Sorgen für die große Wanne identisch verdeckt nicht soviel, und dann hat nicht mit Unrecht von einer umfassenden Gemeinde-Prinzipien ihren abweichen, bei welcher ein Stadtrat vorwiegend und zwei Stadträte radikal verhandeln werden und ... Das Stadtrat kann denn durch die langen und unzureichenden Berichte der Radikalen direkt und indirekt einfluss auf einer von nicht unter 5000 wichtigen beteiligten Versammlung bei Radikaler, Sonderbürger. Und diese müssen wegen politischer Motivierung unfehlbar, und als der Stadtrat ein Stadtrat entscheidet von den Volksversammlungen der verschiedenen radikalischen Betriebe, kann er nicht häufig mit unzureichendem Erfolg, wie richtig die Zuhörer von von der Rottau IX nachdrücklich erwartet und der massenhaft erfüllt der radikale Stadtrat. Besonders bei dem Stadtrat, welcher mit mehr 6 Millionen Wählerstimmen veranlaßt ist, daß die genannte „Wanne“ so gut wie gar nichts getan hat. Was hat man den beiden besten Führern der Gemeindeverwaltung eine Reihe von Versammlungen gewährt, die breite Maße der Gefahrtheiter, Verschwörer und Handwirker sind aber mit ihren Aktionen abgelenkt. Man geht wohl mit falsch, wenn wir annehmen, daß der aufgewaltige Prinz in der Appellvorlage

eine Nachrevision veranlaßt hat, und so sind denn wenigstens die Eventualforderungen nachträglich bewilligt, so daß jetzt die Hofreiter im Innenebetrieb, jene die Arbeiter usw. im Außenbetrieb einen Anfangslohn von 4 Mk., steigend nach zwei Jahren auf 4,20 Mark erhalten. Das hat aber wiederum zu neuen Unzufriedenheiten wie andere Gruppen gerufen, so erhalten z. B. die Hüttenarbeiter noch wie vor 3,80 Mk., ein der Arbeit durchaus nicht angemessener lohn. Es wird Sache der betreffenden Arbeiterschaft sein, hier Rücksicht zu schaffen; mehr noch ist allerdings auch notwendig, daß die zurückgelegten Gruppen einzelnen lernen, daß auch sie nicht zu Stade für den Betrieb sind! Also hinein in die Organisation.

Die Betriebsarbeiter in Schmargendorf waren durch die Zollstädte, an die auch bei der Nachreunion des Völke übergegangen, in heller Empörung und forderten vom Betriebureau, daß unverzüglich der Streit in den zentralen betrieblichen Gewerkschaften proklamiert werde. Der Zollarbeiterstand mußte mit Stolz auf die derzeitige Standortlage, jenseits die noch mangelnde Organisation die Zollstädte nachlaß, zumal in den anderen vier Amtshäfen eine Vereinigung nicht entstanden war. Um aber die vorhandene Spannungs- und den entzündenden Unwillen nicht nutzlos verpußen zu lassen, beschloß der Zollarbeiterstand im Einvernehmen mit den Beamten des Hauptverbandes, eine spezielle Agitation bei den Glasarbeitern zu entfalten um der Forderung des Abteilungskontos für Betriebsarbeiter, neue Stunden für Glasarbeiter einzuführen. Da acht Betriebsversammlungen waren unter 1200 Glasarbeiter erschienen, es traten über 1000 Kollegen dem Verbande sofort bei. Über den Verlauf der Versammlungen und die endgültige Resolution berichten wir an andere Zweige.

Am Monat März wurden 17 Referenten nadgewiesen bzw. größere Vorträge gehalten; es fanden außerdem 16 Tagungen statt. Es sei uns zum Schluß noch gesattelt, einige Ausblicke zu geben für die nahe und die ferne Zukunft unserer Aktion. Es steht vor uns, als sei der Punkt der stagnation, des Stillstandes, der nun seit Jahren bis zum gewissen Grade eingetreten war, in den beiden letzten Monaten (März April) gewichen. Es bedarf aber noch einer ganz anderen Werbearbeit der Vertrauensmänner und Mitteilern, um dem vielzahl bereitstehenden Aufbereiter einzutragen, der verdammt Gleichmäßigkeit zu begegnen. Um eine selbständige Auffassung zu gewinnen und mit Beunruhigung in den Raum einzutragen, wird auch nennendia sein, daß die Mitglieder rege von der wahrheitlich am 1. Juli zu eröffnenden Bibliothek unserer Aktion Gebrauch machen. Zudem aber die Ziele unseres Programms verwirklicht werden, so ist unerlässlich, daß erhöhte Vorträge von den Mitgliedern bezahlt werden, damit höhere Leistungen seitens der Aktion erreicht werden können. Das Unterhaltungswezen muß auch bei uns, wie in anderen Gewerkschaften, als Budget gegen die große Fluktuation dienen; doch darüber ausführlich ein andermal. Es liegen sich noch eine Reihe Forderungen und Wünsche für die Zukunft aufstellen, wir wollen nur nennen: Ausbau der Werbearbeit durch verbessertes Vertrauensmannesystem und Erhöhung einer Agitationskommission. Dann werden wir in idiosyncratischem Tempo durchziehen können, was wir längst herbeisehnen. Anfang und Umgestaltung der Arbeitsauskünfte, Erhöhung einheitlicher Arbeitsordnungen, volle Anerkennung der Organisation seitens der Betriebe und vor allem auch Verkürzung der Arbeitszeit. Auf diese letztere Forderung muß vor allem noch Propaganda gemacht werden unter den Kollegen, denn es gibt heute noch so manchen Eian, der um eine Erhöhung (10-20 Pf. Lohnherhöhung) von der Verkürzung der Arbeitszeit nichts wissen will. Und doch hängt von letzterer das Wenergedenken der Aktion ebenso ab, wie die men in die würdige Existenz, die zu schaffen unsere Organisation sich als Aufgabe gestellt hat. *E. mit Dittmer*

Emil Dittmer.

Die sozialpolitische Rückständigkeit des Breslauer Magistrates und seiner Stadtväter!

Die Deutschen anlässlich des Staats haben den südlichen Arbeitern Preußens zunächst gezeigt, wo sie von den Versprechungen der Liberalen zu erwarten haben. Von den vorerst **revolutionären**, die sich in unserem Stadtratssaal unter dem Namen „Arbeits- und Gewerkschaft“ zusammengetan haben, ist ja zunächst bekannt, daß sie für Arbeitserfordernisse nicht zu haben sind. Hier von den Liberalen haben noch einige leichtgläubige Leute erwartet, daß sie tatsächlich nach der Arbeit erschienen würden, nach dem, wenn sie, wie bei uns in Preußen, die Macht dazu haben.

Über es ist bei uns tödlich, wo die Liberalismus, manchmal
furchtbarer oder nationalfeindlicher nennen, die Wucht hat, er ist
eigentlich soffende wie die Monarchie und das Geistreich! Werde
und Süden werden, aber keine Taten.

Die Eiserberatung hat dann auch damit geendet, doch die der Neugier der jüngsten Arbeitervon den Stadtvorsteheren veranlaßt abgelehnt werden sind. Da man hat es schon als Peilaufgabe gefunden, daß untere beiden Vertreter im Stadtparlament, die Herren Löbe und Schub, überhaupt die Mandate der Arbeitervorstanden. Man erklärte jetzt, daß da zu keine Ge-

sei, auch gehören alle diese Sachen nicht in die Offenlichkeit. Die Arbeiter sollten sich an ihre Vorgesetzten wenden, dort sei die richtige Stelle, Beschwerden vorzubringen; dabei haben wir nicht einmal Arbeiterausschüsse, und zu den Vorgesetzten, die uns auf individuellem Wege das Koalitionrecht nehmen wollen, haben wir keine Grundlage von Vertrauen. Sollten die Herren Vorgesetzten vielleicht ein Herz für ihre Arbeiter, wie könnte es dann noch möglich sein, daß die berüchtigte 24 Stundenfrist der Arbeitgeber noch immer besteht, daß nur ein kleiner Teil der städtischen Arbeiter Sonnentagsurlaub erhält, ganze Kategorien aber, die wie z. B. die Mägerten und Strafseefahrer, Sicher eines Erholungsurlaubes bedürfen, noch keinen solchen erhalten? Wie können noch immer Lohnne gezahlt werden, die gerade die Höhe des ortsüblichen Tagelohnes erreichen? Warum sind noch immer trotz fortgeleiteter Petitionen keine Arbeiterausschüsse errichtet?

Nun, die Staatsberatung wird auch dem dümsten unter den Arbeitern klar gemacht haben, daß er von den Herren im Rathaus erst dann Verständigung finden wird, wenn er mit seinengleichen geschlossen vorgeht, wenn er das Wahlrecht zur Stadtverordnetenversammlung erwirkt und dafür sorgt, daß Leute daran beschäftigt werden, die wohl das Geld der Arbeiter neu einnehmen — wie z. B. die Männer und Gewerbetreibenden, besonders auf sozialdemokratischer Seite — aber den Arbeitern auch nicht die geringste Verbesserung ihrer Lage gönnen. Gerade die schwarze „drei Vereinigung“ ist es gewesen, die jedesmal in einem wahren Audiaregalheul ausbrach, wenn einer der beiden sozialdemokratischen Stadtvorordneten der Arbeiter verfaßten, die Herren verfaßten, mit bestem Erfolge den Ton des ihnen nebstes verdienstlichen Antisemitenhauptlings des Wiener Bürgermeisters Lueger anzusiedeln und das Wiener Rathaus zu einem Wiener Parlament zu gestalten. Und der Kreisum? Da, der schwiegt sich aus, oder er macht ein paar verlegene Redensarten, die weder gehalten noch geistert sind. Vom Magistrat wollen wir lieber gar nicht reden, der ist der Stadtvorstand wiedrig, liberal, dabei Schafmacher, arbeitsfeindlich und kleinlich, sobald es sich um Arbeiterwünsche handelt, für allen möglichen Klimbum ist Geld da, Kronengeschenke, Theatersubventionen, festliches usw., wenn es sich aber um Erfüllung von Arbeiterforderungen handelt, sind die Massen leer.

Wir haben jedenfalls das Resultat aus den diesjährigen Debatten gezogen, daß wir alles daran scheinen müssen, unserem Verband so anzutun, daß er allen Stützen gewachsen ist und energisch vorgehen kann. Und wie können sagen, daß es vorwärts geht, unsere Mitgliederzahl ist jetzt auf 420 gewachsen, innerhalb eines reichlichen Jahres etwa. Hoffen wir, daß es so weitergeht, dann, Magistratus, sprechen wir bald ein anderes Wörtchen miteinander!

Gewiß, wir haben noch viel Arbeit zu tun, noch viele stehen uns fern, die uns längst angeladen mühten, die aber die ebenso blöde wie überflüssige Furcht vor Maßregelungen noch fernhalten, auch der Schnapskessel, der in Edellein leider noch so eine große Rolle spielt, hindert so manchen, sich unserer Anschließend. Wir werden auch diesen Kollegen nach den nötigen Verständnis bringen, daß sie zur Ereignis ihrer Lage kommen; geht's auch langsam, so geht's doch sicher. Am besten hülfe erhalten wir ja auch, wie überall, von unseren Freunden, die sorgen durch ihre verhohlene Rücksichtslosigkeit schon dafür, daß wir weiter vorwärts marschieren.

Wäre daher ein jeder Kollege in Breslau die Erfahrung aus den diesjährigen Staatsberatungen ziehen, daß er mit aller Kraft und Energie die noch fernstehenden seiner Kollegen für unseren Verband gewinnt, dann werden wir vorwärts kommen und unseres Glaubens im Rathause und im Magistrat sind wieder einmal die Kraft gewesen, die jetzt das Böse will und doch das Gute schafft!

Notizen für Gasarbeiter.

Die Berliner Gasarbeiter und der Achtstundentag.

Die Berliner Gasarbeiter haben eine umfangreiche Versammlung zum Eingang des Abiturdienstes eingeführt. Nicht weniger als acht außerordentliche Versammlungen fanden in den letzten Wochen als Einladung bei mir statt, in denen die Kollegier Dräger, Pfeiffer, Büttner, Hoffmann, Polenski und Heine als Redner auftraten. Von Seiten der Akademie Berlin war ein Ausdruck heran gesandt worden, das die Röcke des Abiturdienstes auf den Schreibern behandelt. Der Abiturdienstag soll für die Auszubildungsarbeiter, und für die übrigen Mitarbeiter soll der Remittendienstag gesondert werden. In allen Versammlungen war die Beteiligung an den Diskussionen sehr reg und zeigte einen lebhaften Interesse für diese Sache. Polenski wurde am nächsten Freitag bestimmt.

kräge. Heute wurde ein niederdrückendes Gefühl gespürt. Die Einführung des Nationalen Rates für Schachter unter Beibehaltung des bestehenden Arbeitskontos - 1 Stunde Arbeit, 1 Stunde Ruhe - fand nach Meinung der Kollegen sehr wohl statt. Sie kann im folgenden gezeigt werden:

Es wird in drei Ketten gearbeitet: von nachmittags 2 Uhr bis abends 10 Uhr, von abends 10 Uhr bis morgens 6 Uhr, von

morgens 6 Uhr bis nachmittags 2 Uhr. Die Stolonne, welche nachmittags 2 Uhr bis abends 10 Uhr gearbeitet, hört des Sonnabends um 10 Uhr abends auf, hat 32 Stunden Ruhe und fängt Montag morgen um 6 Uhr an, um dann die ganze Woche von 6 bis 2 Uhr zu arbeiten. Die zweite Stolonne, welche die Woche über von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens gearbeitet, arbeitet des Sonnabends von 10 Uhr abends bis Sonntag morgen 11 Uhr (also 13 Stunden), um den Schubkarrenlauf zu ermöglichen, hat dann 27 Stunden Ruhe und beginnt dann Montag nachmittags 2 Uhr und so fort 5 Stunden die ganze Woche. Die dritte Stolonne, welche Sonnabend, um 2 Uhr nachmittags aufgehört hat, macht 27 Stunden Pause und fängt Sonntag nachmittags um 5 Uhr an, um bis Montag morgen 6 Uhr (und 13 Stunden) zu arbeiten, dann beginnt ihre Arbeit für die ganze Woche von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens.

Zwischen von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 5 Uhr (also 6 Stunden) soll der Betrieb ruhen.

Dadurch wird es ermöglicht, daß jede Stolonne innerhalb dreier Wochen einen vollständig freien Sonntag hat, und auch die Arbeitstage von Woche zu Woche sind verschieden.

In allen Versammlungen wurde folgender Beschluss zugestimmt:

Die Gasarbeiter Berlin heißen die Bewegung für die Errichtung des Arbeiterkommunismus auf und erneuern die Kämpfungsliste an, nicht als bisher dafür einzutreten.

Zusätzlich ist erforderlich, daß alle bisher laufen und indifferenten Stellen ausgerichtet werden und auf ihre Pflicht aufmerksam machen, der Organisation beizutreten.

Um dieser Veränderung gerecht zu werden zu verfehlten, soll ein Staatssekretär geschaffen werden, zu dem jeder Kollege 2% Pflichtensteuer zahlen darf.

Die entzündeten Gefühle bleiben späteren Mitgliedern verantwortlich, einer Haftstrafe überlassen.

Kommunismus in Ludwigshafen. Wie die Gewerbediection von Ludwigshafen bekannt ist, hat sich dort die Einführung des Kommunismus ausgedehnt benutzt. Die Versammlungen der Arbeiterschaft und damit die Produktivität des Wertes hat sich im letzten Jahre wesentlich erhöht.

Leipzig. Die städtischen Gasanstaltsarbeiter in Leipzig traten in einer Versammlung am 30. April energisch für die Einführung der abitürndigen Arbeitszeit an Stelle der wölfstündigen ein, naddem sie von der erlebten Abnahme der Wirtschaftstage in den Betrieben der Städte mit abitürnder Arbeit bewusst geworden waren.

Mainz. Die Gasarbeiter des städtischen Gaswerks II unterhielten der Bürgermeisterei im September 1903 eine Petition betreffs Abschaffung der 15stündigen Wechselschicht des Kesselpannes. Nach langem Warten und mehrmaligen Vertragen wurde diese von der Stadtverordnetenversammlung am 1. März dieses Jahres genehmigt und bestimmt, daß dieselbe am 1. April 1903 in Kraft treten soll. Die Arbeiterschaft freute sich jedoch im Voraus, sollte doch die unvermeidliche lange und anstrengende Arbeitszeit für Sonntags in Weißfall kommen. Aber weit gefehlt. Einige Tage vor dem 1. April wurde der Arbeiterschaftsbund beider Gaswerke von der Bürgermeisterei zu einer Sitzung eingeladen. Es wurde dem Auszubild. ein Tarifvertragsentwurf vorgelegt, welcher auf drei Jahre hinzu die Rechte der Gasarbeiter ohne jegliche Absicht auf Verbesserung binden soll. Auch wurde dem Auszubild. mitgeteilt, daß das Dreischaftenamt nicht eher eingefügt werden könne, bis der Tarifvertrag unterzeichnet sei, trotz des Zustandekommens der Tarifvertragsabschlüsse. Natürlich gingen die Gasarbeiter auf dieses Anhören nicht ein. Sie arbeiteten ebenfalls einen Tarifvertrag aus und legten denselben der städtischen Verwaltung vor. Diese erklärte, sie wolle diesen Tarif prüfen und denselben der Gasarbeiterin in Übereinstimmung vorlegen. Es sind jetzt schon vier Wochen verstrichen, ohne daß sich etwas geäußert hätte. Es gewinnt nachdrücklich den Anschein, als habe es an den in Betracht kommenden Stellen am ehesten Willen gegeben, den Preisblatt der Stadt verordnen in die Tat umzusetzen, andernfalls erlässt sich die Verordnung nicht, höchstens macht die städtische Verwaltung fest, erinnert nur der Zuschlag, damit das Dreischaftenamt in aller Ruhe eingeführt werden kann.

Der Zuschlag der Vaterneuanzüher in Erlangen wurde im Vorjahr auf 51.221 erzielt. So nun dieser Betrag auch für das heimige Jahr in Aussicht gestellt ist, darüber soll der Gasarbeiter ausführlich entscheiden; ebenso ob bei der Zahl der jetzigen Vaterneuanzüher an jedem weiteren Tag erhoben wird.

Der Störlener Gasarbeiterstreit. Nachdem die städtischen Gasarbeiter (Referenten) in Störlen ihrer Verwaltung ein Lohnaufzehrungsgefecht einbeschreibt, daß sie aber bis zu der von ihnen erwarteten Stütze nicht erledigt und ihren Ansprüchen nicht entsprochen werden kann, lehnte die Stadtverwaltung am 7. April die Arbeit niederr, während sie weiter die Direktion von ihrem Begehr und event. Handeln im Kenntnis gesetzt hatte. Der Stellvertreter der Zuschlag lag in der beantragten Lehnsaufzeichnung. Außerdem wollten die Referenten die Verlegung der Lohnzahlung vom 5. und 20. jeden Monats auf

den Sonnabend abschieben. Beide Wünschen ist entsprochen worden, bei der Lohnauflösung allerdings nicht ganz in der gewünschten Form. Die Zuschlag in verhältnismäßig wenig. Nachdem der Zuschlag ist über dies ein entsprechendes Zugesetz erlassen; die Organisation der Gasarbeiter in Störlen ist nämlich nicht einschließlich und auch obendrein noch sehr jung und nicht einen alles umfassenden, zufriedenstellenden Vertrag haben die Arbeitnehmer die Möglichkeit der Wahl der Mannschaft der Stadtverwaltung, während die Zuschlag weit zur Arbeit antritt. Der Zuschlag erhält bislang über die Stadtverwaltung. Zur Abrechnung über den Gang der Sache und alle Verhandlungen werden nur in nächster Nummer der "Gewerkschaft" die Angelegenheit ausführlicher behandelt.

Aus den Stadtparlamenten und Verwaltungskollegien.

Meyßen. Am städtischen Arbeiter in der Tägliche Lohnsaal wie folgt festgesetzt worden: für die Sonnernormale vom 1. April bis Ende September 2 M.; vom 1. Oktober bis Ende März 1,80 M.

Nürnberg. Der Magistrat beschloß vor circa vier Wochen die Einführung eines sozialen Antrages für notwendige Ämter, im Vorstellung der von den nachtdienenden Arbeitern genannten Wünsche und zu weiteren.

Trotha bei Berlin. Eine Verbesserung der Löhne hat die Gemeindeverwaltung von Trotha in ihrer Sitzung am Dienstag den 1. Mai im Jahr 1903 für die Arbeiter des Mineralölbetriebs beschlossen. Die eisernen von Stundentarif von 30 Pf. auf 36 Pf. umgestellt feierte die Löhne die jährliche Erhöhung des mit 36 Pf. eingestellten Arbeiters um 1 Pf. pro Stunde neigen zu lassen, bis der Stundentarif von 15 Pf. erreicht ist. Der Preisblatt soll für die unzeit bedingt arbeitende entlastet sein. Der Preisblatt wurde entsprechend gehobt. In der ersten Sitzung wurden genau einem Antrage der Bürgerversammlung die Belehrungsunterlagen für die Zeit von 8 bis 3 Uhr freigegeben.

Aus unserer Bewegung.

Wir machen die Herren Christenführer darauf aufmerksam, daß alle für die Redaktion bestimmten Sachen nur auf der einen Seite des Papierbogens niedergeschrieben werden dürfen. Doppelseitig beschriebene Papierbogen erschweren sehr die Bearbeitung und die Zentralarbeit. Zurückbleiben oder Nichtverwendung kann die Folge sein.

Groß Berlin. Generalversammlung am 3. Mai. Stollege siebzig referierte über "Der bevorstehende Gewerkschaftsstreit und die Zunft Berlin". Voranschicklich wurde sich der Kongress etwas eingehender mit unserem Verband beschäftigen. Durch die im vorigen Jahr aufgelöste der Kranhausfrage herausgegebene Entfernung des Hauptvorstandes aus den Berliner Magistrat entstand in den Reihen der modern organisierten Arbeiterschaft die Ansicht, als ob der Gemeindearbeiterverband eine andere Zunft, als bisher von den modernen Arbeiterorganisationen gehabt, einzufügen wolle. Damit zugleich war das Signal gegeben, alte schon bestehende Streitigkeiten mit dem Steinmetz-, Maurer- und anderen Verbänden neu aufzubauen. Man betrachtete und betrachtet es heute noch als gutes Recht einem Verband, dessen Hauptvorstand mit gewisser Bekanntheit konturiert, wir haben noch einen jeden etwa bestätigten Streit zu unterscheiden gewusst, seine Mitglieder abzutrennen. Am Oktober vorigen Jahres hatte sich schon die konferenz der Vorstände der zentralorganisierten Gewerkschaften sehr eingehend mit diesen Fragen beschäftigt. Referent meinte mit der Konferenz konturiert, daß die Entfernung des Hauptvorstandes ein Monatlanges zum Magistrat sei und ein tatsächlicher Zerfall war. Wir müssen mit aller Zerstreuung dahin streben, in der Lage zu sein, wenn man immer wieder unsere berechtigten Forderungen auf dem bureaukratischen Wege ablehnt, durch das Mittel des Zerfalls zum Ziege zu gelangen.

Zum Zerfall bemerkte der Referent, daß eine durch die bekannten Streitigkeiten bestätigte Abtrennung eines Teils, und noch dazu des besterorganisierten, unseres Verbandes nachdrücklich bestimmt werden müsse. Eine sehr rege Diskussion war die Folge des Vortrages. Wurde von einigen Stollegen die befürchtete Zerstreuung gutgeheißen, sprach sich der andere Teil im Sinne des Referenten aus. Die Versammlung erklärte ebenfalls ihr Einverständnis mit dem Referenten durch Annahme folgender Resolution: „Die Versammlung erlässt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie erklärt, daß auch die Akte auf dem Standpunkt steht, die bestellten Mittel und Wege in Anwendung zu bringen, welche alle modernen Gewerkschaften zur Durchführung ihrer Forderungen für notwendig erachten.“ Eine andere Resolution: „Nur die Zunft des Hauptvorstandes müsse bei jeder sich darbietenden Gelegenheit von unseren Delegierten vertreten werden“ wurde abgelehnt. Neben

den Geschäftsbereich der Filiale — siehe besonderen Artikel — sprach Kollege Tüttner. Nach dem vom Stell. Hofmann gegebenen Rassennachricht für das 1. Quartal 1905 bietet die Lage der Filiale ein trübes Bild. In finanzieller Hinsicht ist betr. des baren Rassensstandes ein Mehr gegen den 1. Januar zu verzeichnen. 1. Januar 05 1907, 61 M. 1. April 05 4316,67 M. Bestand. Ebenfalls die Minderbewegung zeigt gegen den sonst um diese Zeit zu bemerkenden Gang in der Gesamtzahl eine Zunahme um 113, von 4213 auf 4326. Außerdem sind noch ca. 200 in Schöneberg, Charlottenburg und Nymphenburg durch das Zweigbüro erfolgte Aufnahmen zu verzeichnen, sowie über 100 Aufnahmen durch Agitation bei den Glasarbeitern. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Maßstabsrat einstimmig Decharge erteilt. Für den aus dem Filialvorstand ausscheidenden Kollegen Blümel wurde Kollege Wehr Zession X gewählt. Der Kollege Pöder wurde an Stelle des Kollegen Polenske zum Revisor gewählt. Hierauf wurde auf Vorschlag des Filialvorstandes einstimmig beschlossen, den Kollegen Menzel der Zession XI (Herzberger) angehörend, aus dem Verbande auszuscheiden. Zwei weitere Punkte der Tagesordnung wurden verlegt. Mit einem brausenden Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung und unseren Verband sandte die Versammlung ihr Ende.

Berlin III. Wasserwerksarbeiter-Sektionsversammlung vom 16. April 1905. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Lohrberg den Bericht über die Sitzungen der erweiterten Verhandlung. Er teilte mit, daß es sich in mehreren Sitzungen meistens um die Differenzen zwischen Verbundsvorstand und Leitung gehandelt hat. Kollege Lohrberg führt hierzu einige Punkte näher an. So sprachen dann mehrere Kollegen sich dahin aus, es wäre zu bedauern, daß solche geringfügigen Sachen den Hauptvorstand und die Leitung so lange beidaufhalten. Darunter litten die Verbandsangelegenheiten am meisten, das spürten die Mitglieder sehr, es sei in Berlin doch wahrlich genug Arbeit für Leitung und Hauptvorstand, um nicht die Zeit mit solchen kleinen und persönlichen Zwischenleitungen zu vergeuden. Zum zweiten Punkt, Abrechnung vom Maschinenball teilte Kollege Lohrberg mit, daß die Einnahmen 135 M. betrugen, die Ausgaben 108 M., bleibt ein Überschuss von 30 M. Im Anschluß daran wird noch die Verantragung einer Dampfexpedition besprochen; es soll das Stomitee die beizügliche Erlaubnisse einziehen. Zur Ausdrucksfähigkeit fragt Kollege Eisenblätter an, ob schon Antwort auf die beantragte Regelung der Sterbegeldfrage für die pensionierten Kollegen ergangen ist. Kollege Bartel und Vollmann als Ausdrucksmitglieder beantworteten die Frage dahin, daß bis dato noch keine Antwort erfolgt wäre. Es war dann vom Kollegen Bawolowitsch ein Antrag auf Bewährung eines Tatsächens gestellt; derselbe wurde abgelehnt. Ferner teilte der Maßstabsrat mit, daß an den früheren Kollegen Hinke, der solange im Herzberger gewesen, eine Unterstützung von 5 M. gezahlt worden ist, was die Versammlung auch genehmigte. Kollege Eisenblätter sprach dann noch über den Bericht in Nr. 6 der „Gewerkschaft“ betreffs seines verlorenen Haushülfsschlüssels. Er wundert sich, daß der Redakteur Bürger die Berichte nicht so bringt, wie sie eingeschaut werden, und beantragte folgende Resolution: „Die Versammlung spricht ihr Bedauern aus, daß der Redakteur Bürger trotz seines mündlichen Versprechens in der kombinierten Versammlung die höhne Berichtigung in Nr. 6 der „Gewerkschaft“ wegen des Haushülfsschlüssels nicht geändert hat.“ Die Resolution wird angenommen.*). Nach verschiedenen kleineren Punkten betreffs Löhne teilt der Vorsteher noch mit, daß die nächste Versammlung am 4. Juni stattfindet, wozu ein Referent bestellt werden soll, daß also im Mai eine Versammlung stattfindet. Der Vorsteher dankt die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung und den Verband.

*) Hierzu bemerken wir, daß das dem Kollegen Eisenblätter gegebene Versprechen lautete, beim nächsten Versammlungsbericht die gewünschte Auflösung zu geben. Die Gelegenheit dazu bietet sich erst in dieser Nummer, nachdem wieder ein Versammlungsbericht vorliegt. Bezuglich des verloren gegangenen Schlüssels batte Kollege Eisenblätter in der Versammlung vom 22. Januar dieses Jahres vorgetragen, daß er infolge mangelhafter Ausführung (verdächtige Behalter auf dem Transportwagen) den Schlüssel des Hauses verloren habe, in welchem die Werkstatt untergebracht ist. Er habe, da durch einen solchen Verlust viele Unzuträglichkeiten entstehen, einmal die zuständigen Beauftragten auf den befragten Wangen auftreten und die anderen Kollegen zu größerer Abstimmung auffordern wollen. — Würde von vorherhin so der Endbericht dargestellt gewesen sein, war die betreffende Stelle aus dem Bericht nicht gebracht werden. Diese Erklärung wäre auch ohne eine besondere Resolution erfolgt. Die Berichte können allerdings nicht immer so gehandhabt werden, wie sie einkommen, es kommt sogar vor, daß manche Berichte überhaupt keine Aufnahme finden können. Von einer hohen Abstimmung in dem bezüglichen Radiergang ließen wir nichts finden.

Material über die Lohnverhältnisse der Kollegen von den Berliner Wasserwerken ist aber bis heute noch nicht eingegangen. Die Redaktion,

Berlin IV. (Englische Gasanstalten.) Am 10. April stand bei mir in Schöneberg eine stattliche Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand als 1. Punkt: Vortrag des Genossen H. Schubert über das Thema: „Was will die Sozialdemokratie“. Der Vortrag wurde mit reichem Beifall aufgenommen. Zu Punkt 2: Bericht der Sektionsleitung, sonnte Kollege Polenske eine Besserung in den Organisationsverhältnissen konstatieren. Wenn auch einige Betriebe, wie z. B. Gutsdienstrichter, recht viel zu wünschen übrig ließen, so ist doch ein Fortschritt insfern zu verzeichnen, als die Zahl der gesetzlichen Beiträge diejenige des vorigen Quartals bedeutend übersteigt. Die Zahl der Mitglieder beträgt zurzeit 562. In Mariendorf hoffen wir in nächster Zeit auch seinen Anschluß zu fassen; dem Kreisbüro sei hier die Agitation übertragen worden. Es fanden im Berichtsvierteljahr statt: 3 Vorstandssitzungen, 1 Sitzung der Vertrauensleute, 1 der Ausschüsse, 1 Sektionsversammlung, 1 öffentliche und 1 Betriebsversammlungen. Im Durchschnitt war der Besuch der Versammlungen beständig, nur Gutsdienstrichter ließ zu wünschen übrig. In Wilmersdorf, wo wir Einzelmitglieder haben, wurde zweimal der Bericht gemacht, eine Zahlstelle zu gründen, leider ist hier die Furcht vor Angeberei so groß, daß die Sitzungen resultlos verließen.

Viele und harte Sorgen seitens der Leitung 114 zum Berstand; auch der Eingang war ein dementsprechender. Durch die Arbeitsausschüsse wurden verschiedene Verbesserungen erzielt; so z. B. in der Begrenzung der Arbeitszeit an bestimmten Tagen, bessere Regelung der Lohnauszahlung, Pfefferminz für Außenarbeiter und eine Reihe anderer Sachen, die an und für sich gerechtig, doch immerhin als eine Verbesserung zu betrachten seien. Der Rassennachricht wurde an Stelle des erkrankten Kollegen Weiß von Polenske gegeben. Die Einnahmen betrugen insl. eines Bestandes von 53,34 M. 82,34 M. Einnahmen kommen noch 22,50 M. Überschuss vom Märzstrang, sowie 139,30 M. vom Maschinenball. Within Bestand am Ende des ersten Quartals 204,01 M. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Maßstabsrat Decharge erteilt. Dem Antrage Stenzel, drei Erfahrungsreisende zu wählen, wurde zugestimmt und hierfür die Kollegen Waller, Niemann und Teichert gewählt.

Zu Punkt 4: Anträge für die Arbeiterausschüsse, gelangten folgende Punkte zur Annahme: 1. Erhöhung des Anfangslohnes von 3,80 M. auf 4 M., steigend nach 2 Jahren auf 4,20 M. für Arbeiter, die höhere Löhne erhalten, einen Zuschlag von 10 Proz. 2. Denjenigen Arbeitern, die in Vororten, resp. weit entfernt von der Arbeitsstätte wohnen, ist Fahrgeld zu vergüten. Diese Forderung wird damit begründet, daß den Arbeitern des Gaswerks Mariendorf diese Vergütungen gewährt werden. 3. Da den Arbeitern des Gaswerks Mariendorf gestattet wird, 10 Minuten vor Arbeitsbeginn die Arbeit zu verlassen (zum Waschen), dies auch den Arbeitern der übrigen Betriebe zu gestatten. 4. Die Urlaubsfrage dahin zu regeln, daß allen Arbeitern, die bis 31. Dezember fünf Jahre tätig sind, der Urlaub gewährt wird. Sicher war der Endtermin der 30. September. Begründet wird diese Forderung mit den der Forderung entsprechenden Bestimmungen der Stadt Berlin. Beschieden wurde, vorstehende 4 Punkte als allgemeine Forderungen zu betrachten.

Seitens der Kollegen Schönebergs wurden noch folgende Spezialforderungen gestellt: 1. Regelung der Sonntagsarbeit der Kohlenarbeiter. 2. Erhöhung der Altersrente der Kohlenarbeiter auf 1 M. (bisher 80 Pf.) pro Jahr; von 3 M. ab 20 Pf. Zulage pro Jahr. 3. Lohnausfälle an Sonntagen den Unterhaltungsfallen aufzuheben. 4. Zulage für die Hüfsmaurer. 5. Falls ein Arbeiter Mittags auftritt und zur Nacharbeit bestellt wird, denselben den Tag voll zu zahlen. In Punkt 3, Erhöhung der Altersrente der Kohlenarbeiter, stimmte die Versammlung dem Antrage derselben, die Forderung eventuell durch Arbeitsteilung durchzusetzen, bei und beantragt die Leitung, die Genehmigung hierzu beim Sitzungsrat einzuholen.

Unter Berücksichtigung wurde dem Vorstandsantrage zugestimmt, am 15. Juli in Haselwerder ein Sommerfest abzuhalten und hierzu ein Vergnügungsorte gewählt. Ferner wurde für nächstes Jahr ein Maschinenball beschlossen und die Verarbeiten dazu dem Vorstand übertragen. Nach Erledigung einiger persönlicher Fragen erfolgte Schluß der Versammlung.

Anwesen gelte uns die Nachricht zu, daß Punkt 1 der allgemeinen Forderung bewilligt wurde. Eine große Anzahl von Kollegen erhalten hierdurch eine Zulage von 20 bis 40 Pf. pro Tag. Auch den Kohlenarbeitern gelang es, ihre Forderungen vollständig und ohne Arbeitseinstellung durchzubringen.

Berlin V. (Straßenreiniger). Die Versammlung am 1. Mai wurde nachmittags um 3 Uhr durch Geling-vorträge der Zängervereinigung „Süd Ost“ eröffnet. Es sprach dann Genosse Hölsch, Vorsitzender des Tertiärarbeiter Verbandes über die Bedeutung des 1. Mai. Er führte in seinem 1½-stündigen Vortrage das politische und gewerkschaftliche Organisationsverhältnis vor Augen und forderte die Anwesenden auf, mit aller Macht auf den Arbeitstag hinzuwirken. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die Resolution der Berliner Gewerkschaftskommunion fand einstimmige Zustimmung. Nachdem die Zänger noch einige wieder zum Besten ge-

geben hatten, schloß der Vorsitzende die Versammlung um 5½ Uhr mit einem Appell auf den Abitum und die Sektion V.

Berlin XV. Am 15. d. Mts. fand in den Arminienhöfen eine gut besuchte Versammlung der Gärtner und Parkarbeiter statt, welche sich hauptsächlich mit der bewilligten oder aber auch nicht bewilligten Zulage beschäftigte. Der Sachverhalt ist folgender: Am Anfang des Sommers beantragten die Arbeitnehmer des Betriebes den Arbeiterausdruck, mit der Direktion zwecks Erhöhung der Lohnsätze in Verhandlung zu treten, denn die Entlohnung war besonders für alleinstehende so gering, daß es einen Hauf jämmerl. leidet, vorangestellt, daß er ein so gutes Herz im Leibe hat, wie es nach ihrer eigenen Angabe die große Mehrheit der französischen Stadtverwaltung besitzt. Der Anfangslohn der Arbeiter betrug 2,50 Mf. pro Tag, die Gärtner erhielten 3,00 Mf. und die Frauen 1,50 Mf. und machten dafür von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends bei Wind und Wetter arbeiten, ohne eigentlich einen Unterhaltszuschuss zu haben, in dem sie ihre Mahlzeiten einzunehmen könnten. Auf den Verhandlungen des Verbandes und der auftretenden Deputat des Arbeiterausschusses, der unter anderem die Weining erhalten hatte, die Anfangslohn um 5 Pf. pro Tag in die Höhe zu bringen und allen anderen, die hierdurch nicht begünstigt werden könnten, vom 1. April d. J. eine Zulage von 25 Pf. pro Tag zu erwirken, so daß mit sehr wenigen Ausnahmen die Anfangslohn der Gärtner 3,50 Mf., der Arbeiter 3,00 Mf. und der Frauen 2,00 Mf. betrugen. Soviel uns bekannt, sind es zwei Arbeiter, die 2,50 Mf. Lohn erhalten; doch war es der Verwaltung überlassen, Rentenempfänger nach eisigerem Ermeessen zu entziehen. Die übrigen Gärtner und Parkarbeiter, die sich schon dieses horrende hohen Lohnabzuges erfreuten, trocken aber um eine Zulage von 25 Pf. pro Tag durch den Ausdruck mit der Direktion verhandelten, und laut Bekanntmachung verschiedener Ausschußmitglieder auch die Erfüllung dieses Wunsches zum 1. April d. J. Deutliche werden sollte, haben bis jetzt nichts erhalten, obwohl der Vertreter des Herrn Gartendirektors die 25 Pf. Zulage pro Tag gewünscht hat und dem Herrn Director eigens zu diesem Zweck 20 000 Mf. überweisen worden sind. Bei allen Anwesenden war mit einer Frage zu beantworten, und zwar: Warum werden die Anfangslohn erhöht und diejenige, die schon 10 Jahre und noch viel länger im Dienste der Haupt- und Residenzstadt Berlin stehen, nicht mit einer kleinen Zulage erfreut? Ein Teil war der Meinung, daß die 20 000 Mf. Ende Mai gut zu gebrauchen sind, während andere wieder die schwierige Berechnung der 25 Pf. als schwer zu überwindendes Hindernis ansahen. Vorläufig wird noch eine Wode geprägt, doch jetzt schon konstatiert, daß eine Bereitschaft bestehende Zulage von dem Herrn Gartendirektor nicht gezahlt wird, obwohl ihm zu diesem Zweck 20 000 Mf. überweisen werden sind. Untere ebenfalls zu unternehmenden Schritte in dieser Sache bei Nichtzusage der Zulage vertrauen wir nicht. Keinesfalls ist es ein schöner Zug, eine bereits bewilligte Zulage nicht zu zahlen, und genug von einem großen sozialpolitischen Verständnis vor oder des Betreffenden. Für heute sei von diesem Punkt nicht mehr gesprochen, wir behalten uns weiteres bis später vor. Das Sonderblatt gab folgende Pariser. Die Zahl der Mitglieder war am Schlusse des Jahres 1903 48 männliche und 14 weibliche Mitglieder. Im Jahre 1904 sind 95 Männer und 1 Frau der Sektion beigetreten, aufzuhören wurden die Arbeiter des Steindepots dieser Sektion überwiesen, so daß nach den ausgeschiedenen 32 Männern und 4 Frauen die Mitgliedszahl auf 111 gestiegen ist, was zu unserer Freude eine Steigerung von 151 Proz. ausmacht. Die Einnahmen betrugen in Summe 82,20 Mf., die ausgaben 90,82 Mf., so daß aus dem Bureau 801,38 Mf. abgeleitet werden können. Mit dem Konto, ein gefundenes Wädchen der Sektion auch am Schlusse dieses Jahres mitteilen zu können, schloß der Kassier seinen Bericht. Der Vorsitzende sprach im Namen der Mitglieder dem Kassier seinen Dank aus, und alle Freunde des Verbandes zu dem am 13. Mai in den Arminien hielten, Kommandanturstraße 29, befindenden Stiftungsfest ein und schloß um 11 Uhr 20 Min. die Versammlung.

Charlottenburg. Nach langer Winterpause ist auch das Organisationsleben wieder neu erwacht. Am 29. April fand im Volkshaus eine große, imposante Versammlung sämtlicher Arbeiter — seit 1901 die erste — statt. Der Referent, Genosse Dr. Vorwärth, wies zunächst die in dem letzten erwähnten Antragszettel der Direktion liegende Bestätigung er, habe sich aus selbstverständlichen Motiven an die Gasarbeiter heranzubringen gehabt, energisch zurück; die Initiative zur Einberufung der Versammlung ist vielmehr aus dem Kreise der Gasarbeiter ergriffen worden. Weiter teilte er mit, daß von den Mitgliedern der Verbandsdeputation zwei, die Siedlungs-Voll und Siedel, es unter Vertrag auf den bestehenden Arbeiterausdruck grundsätzlich absehn, an der Versammlung teilzunehmen. Diese Vereinbarung sei aber künftig, weil der Arbeiterausdruck eine Weile der Direktion überhaupt nicht laufen dürfe, also zu verhindern. Schritten zu irgend welchen Verträgen auf Verstärkung der Arbeiterausdruck eine verhängnisvolle Arbeitszeit überflüssig sei; außerdem darf der Siedel am Siedelunterstand über Vorgesetzte nicht entschuldigen, und gerade um solche handelt es sich in vielen Fällen.

Zu dem eigentlichen Thema, die Arbeitsverhältnisse der städtischen Gasarbeiter, übergetredend, gesteckte der Referent die lange Arbeitszeit, die noch immer eine ziemlich lange ist, und die Charlottenburger Eigentümlichkeit der nicht bezahlten ersten Überstunden; auch hingen die Arbeiterarbeiter darüber, daß ihnen eine Mittagspause von nur einer halben Stunde gewährt wird, so daß sie genugtzen und den ganzen Tag bei Tischen zu leben. Einen weiteren Grund zur Klage gibt das Unterleben, das besonders auf dem ersten und sechsten Werktag besteht, weil die betreffenden Bevierinspektoren, verhältnismäßig junge Beamte, selbst wenig Abnung von der Arbeit kennen, die sie bestehen sollen. Die älteren Inspektoren erkennen leicht an, daß jetzt Überschreitung von den Säulen verlangt werde. Am Tage 110 Stunden zu leben oder 70-75 Minuten auszuhalten, sei eben absolut nicht zu leisten, und die durch die unverantwortlichen Verschreiten bedingte Halt beim Arbeiten gefährdet geradezu die Sicherheit des Betriebes und des Publikums. Auch das Verlangen, fünf Bahnenmeter am Tage aufzuwickeln, ist urteillich, wie davon daraus beweist, daß früher, als das Publikum vierfür bezahlen mußte, dem betreffenden Monument für einen fünfstammigen 3 Stunden für einen zehnstammigen 4 Stunden und für einen zwanzigstammigen 5 Stunden berechtigt waren.

Über die Arbeitsschöne in das Publikum vollständig im unten, denn dem Monumenten werden für einen Arbeitstag oder Zehnter 75 Pf. pro Stunde berechnet, für einen Arbeiter 60 Pf., während die Löhne der erjewen in 16 Jahren nur von 40 bis 55 Pf. reichen, von 37 bis 52 Pf. zeigen, die der letzteren nur von 37 bis 12 Pf.

Die Erörterung über die Vernachlässigung bei der jetzt erfolgten allgemeinen Gehalts- und Lohnanhebung habe das Amt zum Arbeitserlass gebracht und die Notwendigkeit der öffentlichen Ausdrucksrechte dargelegt. Hier von der Schild an ihrer Übergabe könnten auch die Arbeiter nicht freigesprochen werden, die sich jahrlang nicht im geringsten um irgend eine Organisation gekümmert, sondern als fortwährend und deshalb maßlos Marie d'Angoulême hielten. Diese Schilder müssen sie gut zu machen finden und durch Erlass einer städtischen Organisation ihren Wünschen und Bedürfnissen Nachdruck geben.

In den mit schriftlichem Mf. aufgenommenen Vertrag schloß sich eine rege Diskussion, in welcher zunächst eine Reihe von Gasarbeitern die Verhandlungen weiter ausführten und draußliegende Beispiele für das marxistische Verständnis speziell des Arbeiters Deputaten vortrugen. Besonders angefochten wurden. Stimuliert wurden die Verhältnisse unter dem früheren Director, den die Arbeiter als „Vater“ Müller bezeichneten, hervergeholt. Unter ihm wären derartig übertriebene Ausforderungen, wie 110 Stunden leben, einfach unmöglich gewesen. Und der gegenwärtige Director Pindel sei ein durchaus weichsinnender Mann, derne aber den Betriebsaussichten und dem Betriebsausdruck gegenüber nicht durch.

Von den anwesenden Stadtwirten ergriffen die Genossen Vaale, Hirsch und Vogel das Wort, die ebenfalls die Notwendigkeit der Organisation betonten; Genosse Vaale ging auch auf den sogenannten Unrat der Direktion ein, den die Arbeitenden gegenüber Schilder bezeichneten. Unter ihm wären derartig übertriebene Ausforderungen, wie 110 Stunden leben, einfach unmöglich gewesen. Und der gegenwärtige Director Pindel sei ein durchaus weichsinnender Mann, derne aber den Betriebsaussichten und dem Betriebsausdruck gegenüber nicht durch.

Einstimig wurde darauf folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung erklärt, daß die im Referat und in der Diskussion zum Ausdruck gekommenen Mißstände auf den Gasarbeiten tatsächlich vorhanden sind. Zur Befriedigung derselben erlaubt die anwesenden das Vorhandensein einer Organisation für notwendig und verpflichtet sich, sich derselben anzuschließen. Der verhandelnde Arbeiterausdruck kann als ein wichtiger Ausdruck nicht anerkannt werden, so lange er Verbotenheiten innerer Regeln nicht eingemessen, nur im Sinne der Direktion laufen darf und jederzeit aufgelöst werden kann. Die Versammelten erklären die Befriedigung dieser Verhältnisse für dringend notwendig. Darauf wird der gegenwärtige Ausdruck aufgelöst und die Initiative zur Befriedigung der Mißstände zu ergreifen, soweit die seit langem vertragte Lehnsarbeit bei der Verwaltung zu beantragen.“

Es wurde dann noch beschlossen, dem Verstand der Gemeindearbeiter beizutreten und die Siedlungs-Garantierung zu gründen, in deren Verhant die Arbeiter Siedel, Vallentin und Manzle gewählt wurden. Der Siedel traten sechs 135 Arbeiter bei. Um 12½ Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

Gera. Die am 20. April stattgefundenen Mitgliederversammlungen hätten besser behandelt sein können. Möglicherweise, daß die neuerrichtete Räthe die Stellung ins Auge sah, möglich aber auch, daß die Räthe der Volliegenschaft gegenüber dem Verbandsleben hieran Schuld hat. Sielego Heinrich Schröder-Peitzig rieferte zunächst über: „Die gewerkschaftliche Bewegung der deutschen Gemeindearbeiter, ihre Ziele und Erfolge.“ Die anwesenden verfolgten mit Aufmerksamkeit des Redners Abschluß von, welche zustellen, dann beitragen werden, das Verbandsleben der Städte zu einer weiteren Bewegung zu fördern. Dann wurde das Heimatverein einer Räthe untergeordnet, die die diebstahlsgesetz richtige wurden einstimmig angenommen. Bezuglich der Schule wurde beschlossen, breit mit der Siedlung von Vorlesungen abzuwarten; es soll zunächst eine eifige Agitation

unter den Gemeindearbeitern entfaltet werden. Am Juli gedenkt man dann dem Stadtverband eine Eingabe betr. Lohnherhöhung zu unterbreiten. Nachdem noch ein Antrag am 15. Juni einen gemeinsamen Zusammentritt nach Schenkenbergendorf zu arrangieren, angenommen war, fand die Versammlung ihren Schluss.

Leipzig. Am 19. April tagte eine Versammlung der südlichen Arbeiter im Volkshaus. Herr Dr. Goldschmidt behandelte in sehr ausführlicher Weise das Thema „Verhütung von Krankheiten.“ Die Anwesenden folgten dem Vortrage mit großem Interesse und sprudelten am Schlusse reichen Beifall. Dann wurde einstimmig beschlossen, ein Sommerfest in der goldenen Stunde in Connewitz abzuhalten. Kollege Wärter gehörte in idischer Worte das unqualifizierbare Verhalten einiger Strafanwälte den Verbandsstellen gegenüber. Sodann befahlte Kollege Ziebe über seine Erfahrungen im Krankenhaus. Das Personal werde dort arg drangalisiert. Hierüber entpansch sich eine längere Diskussion, bei der der Krankenhausinspektor nicht sehr günstig abdrückt. Folgende Resolution wurde angenommen:

„Die heutige Versammlung verurteilte ganz entschieden das Verhalten des Krankenhaus Inspektors und hofft, daß die dort organisierten stellen ihren Wünschen den nötigen Nachdruck geben.“

Sodann ermahnt Kollege Berthold die anwesenden Kollegen in einem kräftigen Schlußwort, dem Verbande beizutreten, die Volkszeitung zu abonnieren und bürgerliche Blätter, welche den Geist der Arbeiter doch nur verstehen, auf immer zu verbannen.

Stettin. Am 21. April hielten die Straßenreiniger eine Versammlung im Hotel des Genossen Rüdje ab. Zur Eröffnung nahme zu den vom Magistrat abgelehnten Forderungen erörterte Kollege Pollak die Taktik des Stettiner Magistrats. Lohnherhöhung und Einführung von Entschädigungsfristen wurden einfach abgelehnt. Die Alters- und Hinterbliebenenversorgung schwebt schon zwei Jahre, endlich sei sie einer Kommission zur Verhandlung überwiesen. Der Arbeiter Austritt wurde s. J. sofort bewilligt, weil er dem Magistrat kein Geld kostet. Gegen diese ablehnende Entscheidung wurde ein Protest beschlossen. Unter der Kollegenschaft herrschte eine starke Erregung. Nach Erledigung mehrerer Interum und Aufnahme neuer Mitglieder fand die Versammlung ihren Schluss.

Strasburg i. E. An der biefigen Filiale zeigt sich wieder reges Leben, seit uns in der Person verschiedener Vorgesetzter wirtsame Agitatoren für den Verband erstanden sind, die durch alle möglichen Mittel die Kollegen von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen verstanden haben. Eine am Donnerstag den 4. Mai einberufene Versammlung war auch den Verhältnissen entsprechend außerordentlich zahlreich besucht. Als Referenten waren Kollege Altweyer, Stuttgart und Genosse Stadtarzt Seiter Strasburg erschienen.

Die baldige Bekanntmachung des in Aussicht gesetzten Lohntarifs wurde dringend verlangt, damit einmal die Willkür einzelner Betriebsvorstände, welche beim Meinungszamt gebrochen wurde. In diesem Bereich wollte man den Lohntarif abstimmen, indem man eine Abstimmung der Löhne vornahm, dabei aber derartig willkürlich verfuhr, daß die Kollegen sich durchaus nicht damit einverstanden erklären konnten. Eine Anzahl Arbeitnehmer gab es 50 Pf., 40 Pf., 30 Pf., 20 Pf., 10 und 5 Pf. Eine Anzahl Arbeitnehmer und zwar gerade die Dienstältesten erhielten jedoch gar nichts. Besonders die Arbeitnehmer sind am schlechtesten weggekommen, wohl deshalb, weil bei diesen Kollegen der Gedanke der Organisation bisher am schwierigsten Wurzel fassen konnte. (D. Verdiert.) Nach den beißig aufgenommenen Referaten wurde eine Resolution angenommen, durch welche die Filialverwaltung beansprucht wird, ge eignete Säume zur Bekanntmachung des Lohntarifs einzuleiten. Die Versammlung nahm des weiteren Stellung zu den von Kollegen Kerd. Krantz gegen die Zeitung der Organisation gemachten Anklagungen, die dahin lauteten, als ob die Filial-Verwaltung die Verbandsgelder für sich verbraucht. Kollege Krantz war vor geladen und auch erschienen. Er entwidrigte füd damit, daß er, als er die durchaus grundlosen Anklagungen mache, sämtlich verärgert und dabei total betrunken gewesen sei. Er erklärte aber, daß die Bezüge vollständig aus der Zeit gegründet seien und nehme er die Siedlungen neu und auch solle er künftig ein besseres Mitglied als bisher sein. Am Schlusse der Versammlung ließen sich 46 Kollegen, größtenteils dubbierte, in den Verband aufnehmen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband wurde die anstehende Versammlung geschlossen.

Wiesbaden. Zwischen den Wiesbadener Gasarbeitern, die unserem Verband angehören und der Stadtverwaltung sind ernsthafte Differenzen ausgebrochen. Sodann die dortigen Kollegen seit Jahren vergeblich bemüht sind, ihre Verhältnisse zu verbessern, haben sie jetzt der Stadt eine Art Ultimatum unterbreitet, indem sie verlangen, daß diese innerhalb einer Woche zu ihren Forderungen Stellung nehmen soll, widergesetzt sie veranlaßt sind, die bisherigen friedlichen Bauten zu verlassen.

Würzburg. Zum Beispiel des Magistrats- und Gemeindelotte gingen wurde den städtischen Arbeitern der Stadt Würzburg durch Antrag bekannt gegeben, daß die Wahlen zu den Arbeitsausschüssen am Samstag stattfinden und zwar: für die Arbeiter des Stadtbaumes, der Stadtgärtnerei im großen, und für die Arbeiter der

Gas- und Wasserwerke, Schlachthaus, Lagerhäuser und Alzireamtes im kleinen Zugangsraale des Magistrats.

Seitens unserer Gewerkschaft wurde zu diesem Zwecke eine öffentliche Versammlung einberufen, in der Arbeitersekretär Eberhard einen treulichen Vertrag über „Die Bedeutung des Arbeiterausschusses“ hielt; dieselbe wurde mit großem Beifall aufgenommen. Sodann identifizierte man zur Abstimmung der Vorstandsstelle, zu welcher die anwesenden Kollegen ihre Zustimmung gaben. Bei der darauffolgenden Wahl ging unsere Liste durch und wurden gewählt: Als I. Auskundschafter Boringender Valentin Höhn; als II. Schriftführer Herm. Berinsty; als III. Boringender Philipp Wolf und als IV. Schriftführer Johann Weth. Nach Unterzeichnung des Wahlprotolls durch den Arbeiterausschuß wurde von Seiten des Wahlvorsitzenden Verbandsmitglied Andrä eine kleine Ansprache an den Austritt gehalten, in der er demselben eine segensreiche Tätigkeit wünschte. Nun hat auch Würzburg durch die Organisation das erreicht, was eine Notwendigkeit war. Auch wir hoffen weiteres Gediehen der Filiale und Zusammenhalten der städtischen Arbeiter zu ihrem eigenen Wohle.

Verbandsteil.

Adressen der Verbandsleitung.

Geschäftsstelle des Verbandsvorstandes:

Berlin W. 57, Bülowstr. 21. Telefon: Amt IX, 6488.

Alle Korrespondenzen, die den Verbandsvorstand betreffen, sind an den Geschäftsführenden Vorstandenden Br. Poersch, alle Geldsendungen für die Verbandsklassen an den Verbandsklassierer G. Ahmann, alle Zuschriften für die „Gewerkschaft“ nur an H. Bürger zu richten.

Sämtliche Beschwerden gehen zunächst an den Vorstandenden des Verbandsvorstandes, Br. Poersch; gegen die Entscheidungen des Verbandsvorstandes ist Beschwerde bei dem Verbandsausschuß, Ham burg, Hüxter 11, zulässig.

Zweigbüro Stuttgart: Möhringerstr. 122. Sekretär: C. Altweyer.

Zweigbüro Leipzig: Wiesenstr. 25. Sekretär: A. Schäfer.

Zweigbüro Berlin-Brandenburg: Berlin, Bülowstr. 21.

Ortsbüro Berlin: Alte Jakobstr. 145. Sekretär: E. Dittmer.

Ortsbüro Hamburg: Hüxter 11. Sekretär: H. Schönberg.

Ortsbüro Dresden: Nienburgstr. 2. Sekretär: J. Lischin.

Bekanntmachung.

Zum Sekretär für das Leipziger Zweigbüro wurde durch Beschluss des Verbandsvorstandes und Verbandsausschusses der Kollege H. Schäfer aus Mainz bestimmt. Dieselbe hat bereits seinen Posten angetreten und ist seine neue Adresse: Leipzig, Wiesenstr. 25.

Für den Verbandsvorstand,

Br. Poersch.

Quittung der Hauptkasse.

Für das 1. Quartal 1905 gingen an Beiträgen ein: Berlin 6138,96 M., Erfurt 98,66 M., Leipzig 4. Rate 117,30 M., Mainz 450,73 M., Nürnberg 2. Rate 70,— M., Eisenburg 22,94 M. Ferner gingen im April ein: Für Protokolle des Verbandsstages, aus Preston 0,30 M., Sonstige Einnahme durch Koll. Strunk 16,80 M., Güten 1,50 M.

Von Einzelmitgliedern:

Br. 17480	2,70	M.	Br. 30177	2,—	M.	Br. 30183	3,35	M.
Br. 30192	1,25	M.	Br. 30196	1,25	M.	Br. 30200	1,—	M.
Br. 31297	1,—	M.	Br. 31588	1,45	M.	Br. 31839	1,—	M.
Br. 31844	2,25	M.	Br. 33105	3,—	M.	Br. 33108	3,—	M.
Br. 33138	5,—	M.	Br. 33150	2,50	M.	Br. 33151	3,—	M.
Br. 33154	3,—	M.	Br. 33175	6,50	M.	Br. 33560	1,—	M.
Br. 33904	0,70	M.	Br. 33905	6,05	M.	Br. 33918	3,10	M.
Br. 33924	1,50	M.	Br. 33928	3,—	M.	Br. 33933	2,—	M.
Br. 33937	2,50	M.	Br. 33954	2,90	M.	Br. 33971	1,75	M.
Br. 33978	3,—	M.	Br. 33980	1,25	M.	Br. 33988	2,15	M.
Br. 33992	2,—	M.	Br. 33994	1,80	M.	Br. 34000	2,10	M.
Br. 34078	1,—	M.	Br. 37020	2,60	M.	Br. 37033	0,75	M.
Br. 38553	3,70	M.	Br. 39854	3,85	M.	Br. 39859	0,50	M.
Br. 39860	3,30	M.	Br. 39861	4,10	M.	Br. 39862	3,40	M.
Br. 39863	3,70	M.	Br. 39864	3,10	M.	Br. 39865	4,85	M.
Br. 39866	4,10	M.	Br. 39867	4,85	M.	Br. 39868	4,23	M.
Br. 39869	4,20	M.	Br. 39870	4,20	M.	Br. 39871	4,—	M.
Br. 39872	3,40	M.	Br. 39873	4,80	M.	Br. 39874	4,—	M.
Br. 39875	1,20	M.	Br. 39876	4,75	M.	Br. 39877	3,40	M.
Br. 39878	4,20	M.						

G. Ahmann, Hauptklassierer.

„Die Gewerkschaft“ erscheint alle 14 Tage Freitags und ist durch die Post unter Nr. 3164 der Postzeitungsliste zu beziehen. Der Bezugspreis für das Biertaljahr ist 2 M. (ohne Versandgeld). — Anzeigen kosten die viergesparte Seite 0,10 M., bei Wiederholungen billiger, für Verbands-Filialen und Mitglieder 0,15 M. netto.

Totenliste des Verbandes.

Gustav Herkert,
Stuttgart
† 7. März 1905 im Alter von
44 Jahren.

Bilanz der Filiale Groß-Berlin vom 1. Januar bis 31. März 1905.

Einnahme:	4	4	Musgabe:	4
An Bestand vom 4. Quartal 1904	2007	01	Für Agitation	252
Eintrittsgelder für männliche Mit- glieder	243	-	Wehälter	1258
EINTRITTSGELDER FÜR WEIBLICHE MIT- GLIEDER	18	-	Sitzungsgelder	204
Beiträge für männliche Mitglieder	8081	90	Verleidung	42
Beiträge für weibliche Mitglieder	279	30	Druckstadien	144
Delegiertensteuern	308	20	Bureau-Utensilien	188
Pensionierten-Beiträge	20	00	Weltwirtschafts-Kommission	220
Extrabeiträge à 10 Pf.	16	00	Porto	50
Extrabeiträge à 5 Pf.	2012	00	Riete, Reinigung, Beleuchtung, Telephon usw.	344
Gonstige Einnahmen:			Diverses (Geschäftsuntosten, Vorlauf u. Unterl. Sekt. IX	71
Berloren gegangenes Mitglieds- buch		10	Literatur	80
Schubert, Börschuk zurück 100,-			Hilfsarbeiten	96
do. Porto-Kasse		9,90	Ausgaben in den Sektionen	200
Gewerksch. Kommiss		3	An den Hauptkassierer abgeliefert	760
Wiele-Lichtenby. Rest		-,90	An den Hauptkassierer abgeliefert	96
Heberich v. Massenb. à ct. 260,-			Bestand am Ende des 1. Quar- tals 1905	4810
Kellerjämmung 1. 3. 05	79,30			07
	453			
Mark	14316	01	Mark	14316

Mitglieder - Bewegung.

Am Ende des vorigen Quartals waren	4213 männliche und 109 weibliche Mitglieder
Im Laufe des Quartals sind eingetreten	459 - 53 -
Gesamtsumme	4671 männliche und 252 weibliche Mitglieder
Es wurden ausgeschlossen resp. schieden aus	315 - 31 -
Weicht ein Mitgliederbestand von	4326 männliche und 221 weibliche Mitglieder
Zusammen 4547 Mitglieder.	

Für den Filial-Vorstand:
C. Hoffmann.

Nevidiert und für richtig befunden:
Berlin den 29. April 1880. August Berwitz.

Carl Woldensoe.

Achtung! Magdeburg! Achtung!

Einladung zum Stiftungs-fest!

Leipzig.

Robert Weishuer
nebst Frau.
Leipzig, im Mai 1905.
Die Verbandskollegen
von Leipzig.

Zur Erinnerung von Leipzig.

Unser Stiftungsfest, bestehend aus Konzert, Theater und Ball, findet am Sonnabend, den 27. Mai 1905 im Luisenpark, Spielgartenstr. 1 statt. Während der Kaffeepause:

Anfang 8 Uhr **Programm 20 Pfennig** **Ende ???**
Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. Das Festkomitee



1 Probemesser umsonst

gehen jedem, der unsere Ware noch nicht kennt und gewillt ist, bei guter Lieferung von uns zu kaufen. Senden Sie für Unkosten, Porto etc. 35 Pf. pr. Postanweisung ein, so erhalten Sie ein elegantes Probetascchenmesser mit 2 prima Klingen umsonst und frei. Zur Verteilung an Freunde und Bekannte stehen Probemesser in beliebiger Anzahl zu 35 Pf. pr. Stück zur Verfügung. Unseren reichhaltigen Katalog über Stahlwaren, Waffen, Werkzeuge, Leder-, Gold- und Musikwaren etc. senden jedem auf

Wunsch gratis.
Saam & Co.,
Fosche 232 b. Solingen.